

DER INHALT

<i>Jelle Kahlhammer</i> Das Portrait Matthias Laireiters	5
<i>Franz Paul Enzinger</i> Die Ära Laireiter	9
<i>Josef Steidl</i> Persönliche Erinnerungen an einen Neuerer	41
<i>Hans Katschthaler</i> Anmerkungen zur schulischen Bildungsdiskussion in Österreich	57
<i>Weitere Bilder...</i> ...zu Werdegang und Familie,	79
...zur Heimat Großarl,	84
...zum LehrerInnen-Bildner	88
...und zum Bildungspolitiker Laireiter	90
<i>Statistisches zur Ära Laireiter</i>	92
<i>Die Autoren</i>	95



Das Portrait Matthias Laireiters

Dr. Matthias Laireiter (* 18. Juni 1910 in Großarl, † 23. November 1990 in Oberalm) wirkte mehr als 30 Jahre als Lehrerbildner, Landesschulinspektor für AHS und als Amtsführender Präsident des Landesschulrates für Salzburg und hat die Entwicklung und Erneuerung der Salzburger Schule maßgeblich beeinflusst.



Das Leben

Matthias Laireiter wurde als zwölftes von sechzehn Kindern einer Bergbauernfamilie in Großarl (Bezirk St. Johann im Pongau) geboren.

Nach der Volksschule (Eintritt 1917) besuchte er von 1922 bis 1930 das erzbischöfliche Gymnasium Borromäum in Salzburg. Nach Ablegung der Matura (1930) erfolgte der Eintritt ins Priesterhaus und Studium an der theologischen Fakultät Salzburg (Philosophie). 1931 begann er das Studium an der Universität Innsbruck (Geschichte und Geografie). Als Privatist absolvierte er 1933/34 erfolgreich den Abiturientenlehrgang an der damaligen Bundeslehrerbildungsanstalt in Salzburg. Ohne Anstellungsaussichten als Lehrer setzte er das Studium an der Universität Innsbruck weiter fort und promovierte 1936 zum Doktor der Philosophie. Anschließend legte er 1937 die Lehramtsprüfung aus Geschichte, Philosophie und Pädagogik ab. Das Studium aus Geografie schloss er 1943 an der Universität in Wien mit der Lehramtsprüfung ab.

Seit 1934 war er in Teilbeschäftigung, seit 1936 volle Beschäftigung als Volksschullehrer (VS Zell am See, ab 1937/38 VS Nonntal und VS Gnigl), gleichzeitig Absolvierung des Probejahres am Bundesrealgymnasium und an der Bundesrealschule in Salzburg. 1938 Entlassung aus dem Schuldienst, nach Einspruch Weiterverwendung als Aushilfslehrer im Lammertal (VS Golling), danach an der Mädchenhauptschule in Hallein. 1939 Ablegung der Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen, dann Versetzung an die Wirtschaftsoberschule in Znaim. Weihnachten 1939 heiratete er die Salzburger Volksschullehrerin Rudolfine Kreuzhuber. Von 1940 bis 1945 diente er bei der Wehrmacht, zuletzt als Leutnant.

1945 - 1950: Professor für Pädagogik an der Lehrerbildungsanstalt in Salzburg,
ab 1. Jänner 1950 Direktor der Lehrerinnenbildungsanstalt

1945: Betrauung mit der Leitung des Salzburger Lehrhauses (bis 1960)

19. April 1950: Ernennung zum Landesschulinspektor für Pflicht- und Höhere Schulen

1. Juli 1957: Anerkennung der Leistungen des erst 47-jährigen durch die Verleihung des Titels Hofrat

1. September 1963: Ernennung zum Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für Salzburg

Diese Funktion übte er bis zum 1. Jänner 1978 aus.

Das Wirken

Im Zentrum seiner bildungs- und schulpolitischen Zielvorstellungen und seines Reformkonzepts stand die quantitative und qualitative Verbesserung des Bildungsangebotes – insbesondere im ländlichen Raum. Dort fehlte es nämlich an der pädagogischen Nahversorgung mit Sekundarschulen aller Arten am meisten. Sehr zielstrebig setzte er sich für die zahlenmäßige Vermehrung der Schulen, vor allem der Hauptschulen sowie der mittleren und höheren Schulen ein. Unter der Devise „Die Schule kommt zum Kind“ sollten einerseits die Schulen möglichst flächendeckend (Dezentralisierung) über das ganze Bundesland situiert werden. Andererseits sollten den Kindern und Jugendlichen, ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend, durch die Vermehrung der Angebotsvielfalt (Differenzierung) sowie durch die Anhebung des Raum- und Ausstattungsangebotes mehr Möglichkeiten des Schulbesuchs geboten werden.

Am Ende seiner Dienstzeit konnte er – auch in Ausführung der Schulgesetze 1962 und begünstigt durch die wirtschaftliche Entwicklung – auf eine beeindruckende Bildungsbilanz verweisen:

Von 1951 bis 1978 wurden 156 Schulen neu gegründet (20 Volksschulen, 47 Hauptschulen, 20 Sonderschulen, 19 Polytechnische Schulen, 19 allgemeinbildende höhere Schulen sowie 25 berufsbildende mittlere und höhere Schulen). Weitere Modernisierungen und Erweiterungen bestehender Schulgebäude gingen mit der Schulbauwelle (Erhöhung des Raumvolumens um 1812 neue Klassenzimmer und 186 neue Turnsäle) Hand in Hand. In seine Wirkungszeit fiel auch die Gründung der Pädagogischen Akademie, des Pädagogischen und Berufspädagogischen Instituts sowie des Religions-Pädagogischen Instituts in Salzburg.

Weitere Innovationen und Schulversuche in seiner Dienstzeit:

1951 „Werkschulheim Felbertal“, Modell einer AHS mit neunjährigem Bildungsgang, in dem gymnasiale und handwerkliche Bildung verbunden sind.

1953 Errichtung des Referates „Schule und Beruf“ und ab 1962 Ausbau der Schulpsychologischen Beratungsstellen

1971 Herausgabe des periodischen Schriftwerkes „Salzburger Bildungsberater“

1976 Implementierung des Schulversuchs „Musisches Gymnasium“

Versuche zur Schwerpunktbildung „Schi-Hauptschule“ (St. Johann bzw. Bad Gastein)

Die ehrenamtlichen Aufgaben

- Gründungsmitglied des Hauses der Jugend (1949) und Präsident des Vereines „Guter Nachbar“
- 1951 – 1987 Präsident der Kinderdorfvereinigung Pro Juventute
- Mitinitiator der Salzburger Bildungswochen (1961)
- Vorsitzender des Privatschulvereines Werkschulheim Felbertal

- Vorstandsmitglied des Salzburger Bildungswerkes
- Obmann des Vereines „Freunde des musischen Gymnasiums“
- 1962 – 1987 Vorsitzender des Salzburger Lehrhausvereines

Die Ehrungen

- 1953 Ehrenmitglied des Christlichen Landeslehrervereines Salzburg
 1957 Berufstitel Hofrat
 1958 Ritter des Ordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem
 1962 Ehrenbürger der Heimatgemeinde Großarl
 1964 Goldene Ehrennadel des Kuratoriums für Verkehrssicherheit
 1966 Offizier des Französischen Ordens Palmes academiques
 1968 Großes Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich
 1970 Goldenes Verdienstzeichen des Landes Salzburg
 1974 Sparkassen-Ehrenmedaille in Gold
 1975 Benennung der Volksschule Berndorf bei Salzburg als „Matthias-Laireiter-Schule“
 Dank und Anerkennung durch die Bundesregierung
 1976 Ehrenmitglied des Vereins Salzburger Unterrichtsanstalten für Fremdenverkehrsberufe
 1977 Silberner Ehrenring der Marktgemeinde Saalfelden
 Ehrennadel „Die Silberne Eule“ des Abiturentenverbandes des Gymnasiums für Berufstätige
 Silberne Ehrenmedaille der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft
 Ehrenring des Landes Salzburg (höchste Landesauszeichnung)
 Ehrenzeichen der österreichischen Volkshochschulen
 Ehrenmedaille des Salzburger Gemeindeverbandes
 Komtur des Gregorius-Ordens mit Stern
 1978 Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich
 1979 Benennung der Hauptschule Großarl als „Dr. Matthias-Laireiter-Hauptschule“
 1981 Ehrennadel in Gold des Salzburger Bildungswerkes
 1994 Dr.-Matthias-Laireiter-Straße (im Salzburger Stadtteil Loig)

Die Werke

Dr. Matthias Laireiter, „Heimat Großarl“. Herausgeber: Kulturvereinigung „Die Erle“ und Salzburger Bildungswerk, Zweigstelle Großarl. Eigenverlag der Marktgemeinde Großarl. Zahlreiche Publikationen (u.a. Veröffentlichungen des Pädagogischen Institutes Salzburg, im Österreichischen Bundesverlag) und Mitherausgeber von Lehrbüchern und Unterrichtsbefehlen. Dokumentation in „Anwalt des Kindes“ (1), S. 63-64

Anmerkungen:

- 1 „Anwalt des Kindes“, Festschrift für Dr. Mathias Laireiter. Herausgeber: Christlicher Landeslehrerverein Salzburg. Idee und Gestaltung: Dr. Josef Steidl, 1979
- 2 Paulus Wolfram sen., „Vom Bergbauernbub zum Schulgründer“. Herausgeber und Verleger: Salzburger Bildungswerk, 1999
- 3 „Heute“, Zeitschrift des Christlichen Landeslehrervereines Salzburg, 6/1990

Aus: SalzburgWiki,
Jelle Kahlhammer

Franz Paul Enzinger

Die Ära Laireiter

Der große Schulmann hat uns auch heute noch viel zu sagen.

„Ist die eine Partei für die Gesamtschule und die andere dagegen, machen wir halt zehn Prozent Gesamtschule, die zwar keine ist, dafür aber auch nicht so heißt.“¹

Mit diesem satirischen Satz charakterisiert der Kolumnist der Salzburger Nachrichten die derzeitige bildungspolitische Situation in Österreich, in der zwar viele Vorschläge für eine Schule der Zukunft auf dem Tisch liegen, aber eine Einigung nicht möglich erscheint. Einheitsschule oder Vielfalt im Schulsystem, Chancengerechtigkeit oder Gleichmacherei? So sind die eingefahrenen Geleise in der österreichischen Schulpolitik gekennzeichnet.

„Ist das Gymnasium noch eine zeitgemäße Schulform?“² fragte der Spiegel und „Ist die Hauptschule in der Krise?“ die Süddeutsche Zeitung³. Dieselben Fragen stellt man sich seit Jahren auch in Österreich. Kann die Neue Mittelschule die Probleme lösen, oder ist sie nicht mehr als ein Alibi? Ein überparteilicher Konsens klingt in einem Papier der Sozialpartner an, in dem sie „die Entwicklung eines Konzepts für ein neuartiges Schulwesen im Rahmen der Schulpflicht, das durch eine entsprechende Leistungsdifferenzierung den individuellen Begabungen der Kinder gerecht wird“⁴, fordern. Es scheint so, dass eine grundlegende Schulreform mit Strukturmaßnahmen derzeit höchst notwendig und längst fällig wäre, aber aus verschiedenen Gründen eine Lösung nicht in Reichweite ist. Dazu kommt, dass sich Sparpakete nicht als Schulreform verkaufen lassen und die angespannte Budgetsituation ein Bildungssystem, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht, nicht zulassen wird.

Österreich braucht aber eine Bildungsoffensive, ein qualitätsorientiertes Bildungsmanagement. Bildung, Erziehung und Leistung müssen wieder einen gesellschaftlichen Rang bekommen! Wir brauchen einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik, damit wir in der kommenden Wissensgesellschaft bestehen können.

Triste Ausgangslage

Eine solche Zeit der Aufbruchsstimmung, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen, gab es schon einmal, und zwar in den Jahren nach 1945. Nationalsozialismus und Krieg hatten ein Chaos und tiefe Wunden hinterlassen, die erst allmählich heilen konnten. Auch die Schulbehörde musste dieses schwere, zerstörte Erbe antreten und mit der Aufbauarbeit beginnen. Fast die Hälfte aller Schulräume im Bundesland Salzburg war entweder zertrümmert und schwer beschädigt oder überhaupt der schulischen Verwendung entzogen. Nationalsozialistische Unterrichtsmaterialien durften verständlicher Weise nicht mehr eingesetzt werden, und andere gab es nicht. „Brachte schon die Beschaffung der Hefte und Bleistifte beträchtliche Schwierigkeiten mit sich, so war die Frage der Schulbücher zunächst ein schier unlösbares Problem. Die Bücher aus der nationalsozialistischen Zeit konnten nicht mehr verwendet werden und wurden zum Teil unter Aufsicht der Alliierten vernichtet. Neue Texte mussten erst erstellt und von der Alliierten Kontrollkommission approbiert werden.“⁵ Für die amerikanische Besatzungszone wurde ein Schulbuch-Notprogramm erstellt, die Eltern wurden aufgefordert, alle in der Zeit zwischen 1920 und 1945 verwendeten Schulbücher abzuliefern, und die Lehrpläne mussten von nationalsozialistischem Gedankengut befreit werden. Katastrophal war die Personalsituation: Viele Lehrer waren im Krieg gefallen oder als Kriegsgefangene noch nicht in die Heimat zurückgekehrt. Und viele Salzburger Lehrer waren durch ihre Mitgliedschaft in der NSDAP beziehungsweise im Nationalsozialistischen Lehrerbund belastet, weshalb sie vorerst mit Berufsverbot belegt und außer Dienst gestellt wurden. 70 % der Salzburger Lehrer hatten, in vielen Fällen nicht ganz freiwillig, dem NS Lehrerbund angehört. Die Besatzungsmacht forderte nun eine umfassende Säuberung des Bildungswesens von allen Schulleitern und Lehrern, die eine Funktion in einer politischen Organisation ausgeübt oder der NSDAP angehört hatten. Die Folge der vielen Entlassungen war, dass ungeprüfte Vertragslehrer/innen oder sogar Schulhelfer/innen ohne pädagogische Ausbildung unterrichteten. Am 12. Juli 1945 wurden sämtliche Lehrpersonen aller öffentlichen Salzburger Schulen von der Landesregierung auf Verlangen der amerikanischen Militärregierung suspendiert; Lehrer ohne nationalsozialistische Vergangenheit konnten auf Ansuchen wieder eingestellt werden.

Die „Verbotsgesetze“ wurden aber erst allmählich gelockert. Da sich die Überprüfung der Anstellungserfordernisse als sehr schwierig erwies, dauerte es lang, bis endlich einigermaßen geordnete Verhältnisse in die Schulen einzogen. Am Jahresende 1945 waren von 940 Lehrerstellen an den Volks- und Hauptschulen im Bundesland Salzburg nur 700, also knapp drei Viertel, besetzt. Noch krasser war die Situation an den Salzburger Gymnasien, wo von 259 Stellen nur 129 besetzt werden konnten.⁶ Es gab Klassen mit bis zu 130 Schülerinnen und Schülern. Hätte man die Entnazifizierung noch radikaler durchgeführt, wäre ein Lehrbetrieb unmöglich geworden. Im Herbst 1946 begannen daher die Amerikaner, vom Dienst suspendierte Lehrer wieder einzustellen, um dem akuten Lehrermangel entgegen zu wirken. Zwangsläufig spielten auch die unmittelbaren wirtschaftlichen Probleme der Nachkriegszeit in die Bildungspolitik hinein. Nachdem eine einheitliche österreichische Schulverwaltung geschaffen war, ging es an den inneren Aufbau des Schulwesens. Schul- und Erziehungsfachleute aus allen österreichischen Bundesländern wurden nominiert, und in zahlreichen Tagungen gelang es, eine tragfähige Basis für einen Neubeginn zu legen. Vor allem musste es nun Aufgabe der Schule und aller erzieherischen Kräfte sein, der Jugend anstelle der sich als falsch erwiesenen Ideale neue Werte und Ziele vor Augen zu führen. Die neuen Grundwerte, an denen sich die Schule zu orientieren hatte, waren das Bekenntnis zum österreichischen Staat, zu Demokratie und Humanität sowie soziale Hingabe und persönliche Freiheit.⁷

Landschulerneuerung

In dieser Zeit der Not und des Neubeginns entwickelte sich eine umfassende pädagogische Erneuerungsbewegung, um die Lehr- und Erziehungstätigkeit an nieder organisierten Schulen im ländlichen Bereich zu fördern. Im Schuljahr 1945/46 waren tatsächlich 67 % aller österreichischen Volksschulen ein- bis dreiklassige, wenig gegliederte Landschulen mit Abteilungsunterricht. Der „geistige, weitblickende und immer helfende Vater der österreichischen Schulerneuerung“⁸ wurde Dr. Ludwig Lang (1902 – 1989), einstiger Pflichtschullehrer, vor 1938 bereits Bezirksschulinspektor, seit 1946 im Unterrichtsministerium, Ministerialrat und Sektionschef. Die Erste Österreichische Landschultagung fand vom 28. bis

zum 30. Oktober 1947 in Wien statt. Fünf Persönlichkeiten waren aus dem Bundesland Salzburg vertreten:

- Hofrat Dr. Franz Hörburger, Landesschulinspektor,
- Prof. Dr. Matthias Laireiter, Bundeslehrerbildungsanstalt,
- Bezirksschulinspektor Anton Neumayr, Tamsweg,
- Oberlehrer Alois Sending, Salzburg, und
- Bezirksschulinspektor Reg.-Rat Josef Weyrich, Salzburg-Umgebung.

Matthias Laireiter, der 1936 seine Berufslaufbahn als Volksschullehrer in Zell am See begonnen und im selben Jahr an der Universität Innsbruck zum Doktor der Philosophie promoviert hatte, war schon im Herbst 1945 eine Stelle an der LBA verliehen worden. Da machte er, aufgeschlossen für Neuerungen und aktuelle pädagogische Strömungen, auf sich aufmerksam und erwarb sich früh einen guten Ruf als dynamischer, innovationsfreudiger Pädagoge. Von der Idee der Landschulerneuerung ließ er sich begeistern, weil er in ihr zur rechten Zeit den rechten Weg, eine Erfolg versprechende Initiative sah. In seiner „Lebensrückschau“ schrieb er: „Ich schätze mich glücklich, dass ich an dieser Reformbewegung seit Anbeginn mitwirken durfte. Bei der ersten Landschultagung im Oktober 1947 hielt ich meine Jungfernrede im Ministerium über das Thema »Daltonplan und Landschule«. Im Anschluss daran habe ich als Lehrerbildner und ab 1950 als Landesschulinspektor mit Freude die Arbeit meiner Freunde und Mitarbeiter im Rahmen dieser Erneuerungsbewegung, die in Salzburg durch Regierungsrat Josef Weyrich eine besondere Note erfuhr, mitgestaltet und unterstützt.“⁴⁹

In jedem Bundesland wurde ein Landschulreferent bestimmt; in Salzburg fiel diese wichtige Aufgabe Josef Weyrich zu. Er hatte aber in Matthias Laireiter einen tatkräftigen Mitstreiter und Verbündeten. Dem Flachgauer Bezirksschulinspektor Weyrich wurde mit der Ernennung zum Landschulreferenten auch die pädagogische Betreuung des Versuchsschulwesens im ganzen Bundesland Salzburg verantwortlich übertragen. „Im persönlichen Kontakt wurden Leiter und Lehrkräfte mit bewiesenem Lehrgeschick, unermüdlichem Fleiß, treuer Verbundenheit mit dem Lande, charakterlich

vorbildlicher Haltung und tiefer Liebe zu Österreich als freiwillige Mitarbeiter im Versuchsschulwesen gewonnen.“¹⁰

Es galt nun, die drei Hauptziele umzusetzen: „Die neue österreichische Landschule soll als Lebens- und Erziehungsschule gesehen werden, soll echte Heimatschule sein und durch Ausgestaltung ihres eigenständigen, didaktischen Apparates noch mehr als bisher zur richtigen Leistungsschule werden“¹¹. Lebens- und Erziehungsschule – Heimatschule – Leistungsschule: drei Richtziele, normative Orientierungen, die der Schule Richtung zu geben vermochten.

Die Landschulerneuerung war eine umfassende pädagogische Reformbewegung unter Aufnahme von Anregungen aus der Jena-Plan-Pädagogik und aus dem Dalton-Plan. Das Schulentwicklungskonzept Jena-Plan, in den Jahren 1924 bis 1927 erdacht und begründet, geht auf den deutschen Reformpädagogen Peter Petersen (1884 – 1952), Professor an der Universität Jena, zurück. In diesem Programm, das auf der Suche nach der „guten Schule“ heute wieder aktuell ist, tauchen erstmals die Begriffe „kindgerecht“ und „Lebensgemeinschaftsschule“ auf. Seine Grundlagen sind die Werte des zwischenmenschlichen Zusammenlebens, sein primäres Ziel ist die Stärkung der Sozialkompetenz. Beim Dalton-Plan handelt es sich um ein reformpädagogisches Unterfangen, benannt nach der Stadt Dalton City in Massachusetts und entwickelt von der amerikanischen Pädagogin Helen Parkhurst (1886 – 1973). Zwei wichtige Grundsätze des Dalton-Plan-Konzepts sind die weitgehende Abschaffung des Frontalunterrichts und das eigenverantwortliche Erarbeiten von Lerninhalten.

Die Landschulerneuerung war eine sinnvolle Weiterentwicklung dieser Ansätze und eine Adaptierung auf die österreichischen Verhältnisse. Vorwärts weisende Schwerpunkte dieser Schul- und Unterrichtsentwicklung, die in zahlreichen Versuchsschulen umgesetzt wurden, prägten nicht nur die Landschulen, sondern indirekt praktisch alle Schultypen und nahezu flächendeckend die Schulen in ganz Österreich. „Viele Anregungen der Landschulerneuerung sind durch die Besuchsschulen Allgemeingut der österreichischen Pflichtschule geworden.“¹²

- ***Schulhaus und Klassenraum***

Die Zweite Österreichische Landschultagung im Juni 1949 beschäftigte sich mit der Architektur des Schulgebäudes, der baulichen Substanz, der Bauform und der Umgestaltung der Klassenzimmer. Mit der zunehmenden Normalisierung der Wirtschaftslage setzte im Bundesland Salzburg von 1948 an eine beträchtliche Schulbautätigkeit ein. Dabei wurde auf landschaftsgebundenes Bauen, auf einen stilvollen Baucharakter und auf die Schaffung einer freundlichen, positiven Raumatmosphäre besonders Wert gelegt. Die Dominanz beim Schulhausbau sollte auf pädagogischen Gesichtspunkten liegen. Oft waren in einer Klasse noch ein Podium, ein Katheder und starre Schulbänke vorhanden. Nun galt es, dem Raum den strengen, unpersönlichen Charakter zu nehmen. „Die Einrichtung mit beweglichem Schulgestühl, die gemütsbildende Kraft und soziale Wirkung der Schulwohnstube“¹³ wurden stark betont. Dazu gehörte die gemütliche Sitzecke, zum Lesen, zum Verweilen, zum Spielen. Zum beweglichen Schulmobiliar und zu den neuzeitlichen Lehrmethoden wurde der quadratische Klassenraum propagiert, wobei pro Schüler/in eine Bodenfläche von mindestens 1,70 Quadratmeter gefordert war. Das Raumprogramm einer Schule durfte sich nicht in den Klassenzimmern erschöpfen, es umfasste auch die Kanzlei, die Garderoben, die Pausenhalle, die Lehrmittlräume sowie die Sportanlagen. Das Aneinanderreihen der Klassen nach dem „Wäscheleinenprinzip“ sahen die namhaften Fachleute kritisch.

- ***Handlungsorientierte Unterrichtsmethoden und kooperative Lernformen***

„Vom Anbeginn der Versuchsarbeit stand die Gruppenarbeit im Lande Salzburg im Vordergrund. Die Erfahrungen mit den Leistungs-, Arbeits- und Milieugruppen wurden bald in anderen Bundesländern verwertet und fanden im Ausland besondere Beachtung.“¹⁴ Der Gruppenunterricht innerhalb des Jahrgangsklassensystems wurde als eine didaktisch und organisatorisch bedeutsame Unterrichtsform eingeschätzt, das schulische Lernen in kleinen Gruppen für besonders wirkungsvoll erachtet. Die Gruppenarbeit ermöglicht einen engen Kontakt zum Lerninhalt und ein hohes Maß an Eigentätigkeit. Ihre Vorteile liegen in der kooperativen und produktiven Selbsttätigkeit der Schüler/innen sowie in der Förderung des Sozialverhaltens und der kommunikativen Kompetenz. Dazu

kommt ganz wesentlich der Gesichtspunkt der Differenzierung, indem die Unterschiede beim Lern- und Arbeitsstil der Kinder, beim Leistungsvermögen, beim Lerntempo und beim Stoffumfang entsprechend berücksichtigt werden. Das Lernen in kleinen Gruppen wird als Fortführung von vorhandenen Erfahrungen in Spielgruppen interpretiert, und lernpsychologisch ist der Gruppenunterricht anderen Lehr- und Lernformen grundsätzlich überlegen. Schon seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ist der Gruppenunterricht mit seinen methodischen Vorzügen bekannt, er ist ein altes und zugleich hoch aktuelles Konzept. Durch die Einbeziehung der Gruppenarbeit in die Gesamtmethode konnten der Arbeitsimpuls und die Arbeitsweise einschneidend verändert werden. „Wieder war es die Landschulerneuerung, die das wichtige methodische Problem in die Schulpraxis aufnahm und, wie wir heute sagen können, auch mit Erfolg erprobte und klärte.“¹⁵

- ***Gesamtunterricht***

Der Lehrplan 1946 forderte: „Der Unterricht in der ersten bis dritten Schulstufe ist Gesamtunterricht; er soll daher von einer strengen Scheidung des Lehrstoffes nach bestimmten Stunden und Fächern Abstand nehmen. Der Unterricht wurzelt im heimatlichen Sachunterricht, er bringt das Lehrgut in Abschnitten aus dem Leben der Heimat (Sachgebieten, Lebensgebieten) planmäßig an das Kind heran.“ Für den Gesamtunterricht sprechen psychologische Gründe, weil er auf das kindliche Erleben, Vorstellen und Denken Rücksicht nimmt. Dabei wird auf eine starre Abgrenzung zwischen den Unterrichtsgegenständen bewusst verzichtet. Gesamtunterricht ist eben eine Lehrform, die sich bemüht, alles Trennende zu meiden und Lerninhalte zu vernetzen. Außerdem wollte man dadurch eine Zersplitterung der Aufmerksamkeit und des Interesses des Kindes vermeiden. Die einzelnen Lerninhalte mussten in eine sachliche Beziehung gebracht werden, um ein Schubladendenken zu vermeiden. „Der aufs engste mit der Volksschuldidaktik verbundene nicht-fachlich orientierte Gesamtunterricht mit seiner Kritik am »Fächersalat« dürfte heute angesichts des in allen Schulformen durchgeführten Fachunterrichts kaum noch eine Entfaltungschance haben, obwohl manches von seiner Grundidee durchaus bewahrenswert ist. Wohl bietet in der gegenwärtigen Situation der Fächer übergreifende Unterricht, der zuwei-

len auch »Konzentrationsunterricht« genannt wird, positive Ansätze. Er akzeptiert grundsätzlich das im Schulunterricht realisierte Fachlehrersystem, versucht seinerseits jedoch, gewisse Schwächen des Fachunterrichts, die hauptsächlich in dem weithin beziehungslosen Nebeneinander von Fächern und deren Inhalten zu sehen sind, nachträglich durch ein besonderes didaktisch-methodisches Arrangement zu mildern. Wo es vom Thema her möglich ist, wird ein Problemzusammenhang zur gleichen Zeit unter verschiedenen fachlichen Aspekten behandelt. Divergierende Fächer sollen auf diese Weise miteinander verbunden werden; es geht darum, den »Dingzusammenhang« zu wahren.“¹⁶

Wenn man sich heute die Frage stellt, wie denn Kinder in der digitalen Informations- und Wissensgesellschaft lernen und wie der Unterricht professionellen pädagogischen Qualitätsansprüchen gerecht werden kann, wird man an Methoden des vernetzten Lernens nicht vorbeigehen können. Fächer müssen zu Lernbereichen gebündelt werden, Schüler/innen müssen vernetzt – also in Zusammenhängen – denken lernen, Lehrer/innen müssen etwas von Hirnforschung und Lernpsychologie verstehen. Eine inhaltliche und zeitliche Verknüpfung von Unterrichtsinhalten gilt als wichtige Voraussetzung für die Anpassung der Lernangebote an die Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler.

• *Demokratie in der Schule*

Nach dem Zweiten Weltkrieg war man verständlicher Weise bestrebt, autoritäre Strukturen in der Gesellschaft abzubauen. Auch in der Schule waren eine Neugestaltung der pädagogischen Praxis und eine Auflockerung des autoritären Klimas angesagt. Nach dem Ende des Nationalsozialismus sollte nun mit einer Demokratisierung der Schulen Ernst gemacht werden. Die Schüler/innen mussten allmählich an demokratische Lebensformen herangeführt werden. Formen der Schülermitverwaltung wurden ausgebaut, um die jungen Menschen zur Selbstständigkeit und Selbstverantwortung zu erziehen. Selbstverständlich setzt die erst in Entwicklung befindliche Urteilskraft der Kinder der Mitverwaltung Grenzen; um die Klasse zu einer Gemeinschaft formen zu können, ist dieses demokratische Mittel unverzichtbar. Der deutsche Pädagoge, Philosoph und Pazifist Friedrich Wilhelm Foerster (1869 – 1966), lan-

ge Zeit der meistgelesene pädagogische Schriftsteller und der führende Reformpädagoge auf moralpädagogischem Gebiet, nahm bereits 1918 zur Schülermitverwaltung positiv Stellung und beschrieb seine Idee von politischer Erziehung mit lebendigen Beispielen staatsbürgerlicher Haltung. Bei der Einführung der Schülermitverwaltung spielte Foerster, der eine „Pädagogik des Vertrauens“ forderte, die führende Rolle. Erst nach 1945, beeinflusst vom amerikanischen Schulwesen, wurde die Einrichtung der Schülermitverwaltung durch die Landschülerneuerung in Österreich aufgenommen, geformt und erprobt. Die Schülermitverwaltung „gibt Hilfe, den Schüler gegen die Vermassung widerstandskräftig zu erhalten. Sie darf keine Nachahmung der Demokratie in ihren Einrichtungen sein, sondern lediglich eine Erziehung und Übung zur späteren Reife für eine Demokratie. Die gemeinsame Verantwortung, die aktive Teilnahme des einzelnen an der Gestaltung der Klassengemeinschaft, ein lebendiges Verstehen für ein Mitbestimmen, freiwilliges Unterordnen erwirbt ein Schüler nicht aus Belehrungen, sondern durch ständiges Tun in der Lebensgemeinschaft Gleichaltriger.“¹⁷

Auch in Gegenwart und Zukunft der österreichischen Schule wird es notwendig sein, dass die Schüler/innen Demokratie besonders durch eine aktive Schüler selbst- und -mitverwaltung erleben. Diese beiden Begriffe sind zwar inzwischen überholt, Mitverantwortung und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern müssen aber ihren festen Platz im Schulalltag haben, weil die Schule keine Institution sein darf, der die Kinder ohnmächtig gegenüber stehen. Die Schülermitverantwortung soll als wichtiges Bindeglied zwischen Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern erkannt werden. Die Möglichkeit zu einer gewissen Mitbestimmung ist aber auch ein Beitrag zur Förderung eines guten Schulklimas. Schülermitverantwortung heißt nicht nur, sich gegenüber der Schule zu behaupten, sondern den Schulalltag – soweit Schülern und Schülerinnen dies möglich ist – mit zu gestalten. Und dazu werden Schüler und Schülerinnen gebraucht, die bereit sind, sich zu engagieren, sich als Klassensprecher/in zur Verfügung zu stellen. In einem harmonischen Miteinander aller am Schulbetrieb Beteiligten liegt gewiss eine große Chance.

• ***Epochalunterricht und Stundenblockung***

Als besondere Form der Stundenplangestaltung findet der Epochalunterricht Anwendung. Hierbei wird für einen gewissen Zeitraum das Nebeneinander der Unterrichtsfächer aufgehoben, um einen Schwerpunkt zu bilden und gründlich, konzentriert und mehrperspektivisch einen Lerninhalt zu beleuchten. Der Epochalunterricht ersetzt das Nebeneinander der Fächer durch ein Nacheinander, um der Aufsplitterung und einem kurzfristigen Wechsel der Fachgegenstände entgegen zu wirken. Für geografische, biologische, physikalische,... Lerninhalte eignet sich eine epochale Gliederung sehr gut, für Mathematik, Schulgrammatik und Rechtschreiben, aber auch für die künstlerischen Fächer ist in der Regel ein zeitliches Nebeneinander sinnvoller. Der Epochalunterricht ermöglicht sowohl den Lehrerinnen / Lehrern als auch den Schülerinnen / Schülern für einen Zeitraum von zwei bis drei Wochen eine Konzentration auf wenige Aufgaben und Arbeitsgebiete. Ein Weniger an Quantität kann eben ein Mehr an Qualität bedeuten. Durch das Verweilen bei einem Inhalt werden das Aufnehmen, das Erfassen und Behalten bei den Kindern gesichert, der Unterricht gewinnt an Effizienz. Vor allem wird auch das pädagogische Prinzip berücksichtigt, dass nur eine Sache zur gleichen Zeit gelehrt werden soll und nichts schädlicher ist, als ein Vielerlei auf einmal „durchzunehmen“. Der Epochalunterricht begünstigt die Selbsttätigkeit der Schüler/innen, das exemplarische Lernen und Fächer übergreifende Unterrichtsprojekte.

Mit der Landschulerneuerung wurden die Lehrer/innen auch ermuntert, eine flexible Zeitorganisation von Unterricht zu wählen, die auch Stundenblockungen ermöglicht. Mit einem neuen Zeitarrangement soll der starre 50-Minuten-Rhythmus wenigstens teilweise aufgelöst werden. „Der erziehlische und unterrichtlich wirksame Kontakt mit der Klasse wächst, wenn ein Lehrer zwei bis drei aufeinander folgende Stunden die Schüler in der Hand hat.“¹⁸ Die „Lektionenschule“ mit ihrem 50-Minuten-Takt ist dadurch gekennzeichnet, dass die Takteinheiten relativ kurz und gleich lang sind. Unterrichtsblöcke bieten dagegen erweiterte Handlungsspielräume, um die Dauer von Arbeitsphasen den Kindern anzupassen, ihrer Aufnahmefähigkeit und ihrer Belastbarkeit. Es geht um eine lerngerechte und kindorientierte Rhyth-

misierung des Schultages, eine Forderung, die heute, nicht nur im Zusammenhang mit ganztägigen Schulformen, wieder höchst aktuell ist.

• *Außerschulische Lernorte*

Von größter Bedeutung war innerhalb der Landschulerneuerung die Erkundung im Nahraum, in der erreichbaren realen Umwelt des Kindes. Das Verlassen des Schulhauses und das Betreiben von Erziehung und Unterricht außerhalb des Klassenzimmers erlebten eine Hochblüte. Psychologisch gesehen ist die originale Begegnung ein methodisches Prinzip, das ein hohes Maß an Anschauung und an Einsicht in die komplexe Lebenswirklichkeit ermöglicht. Der von Naturfaktoren und von menschlichen Aktivitäten geprägte Raum lässt sich nicht unmittelbar in das Klassenzimmer bringen, er ist aber unmittelbar begeh- und erfahrbar. Außerschulische Lernorte ermöglichen lebensnahe Lernsituationen, sie sind nicht vom Unterricht isoliert, sondern Elemente eines erfahrungsorientierten Unterrichts. Die originale Begegnung soll das Erleben von Landschaft und Natur anbahnen und zur Erschließung der räumlichen Umgebung sowie zur Stärkung der Identität des Kindes mit der Umwelt beitragen. Viele Fragen, die in der Klasse entstehen, werden außerhalb der Klasse beantwortet. Beobachtungen im Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Orientierung im Gelände, Museumsbesuche, Erkundungen ortsansässiger Betriebe, das Kennenlernen historischer Bauten sind hochwertige Lernsituationen, die zum festen Bestandteil des Unterrichts gehören.

Viele Landschulen legten einen Schulgarten an. Er war ein wichtiger Lernort für den Sachunterricht, er forderte die Kinder zum Umgang mit der Natur und zur Übernahme von Verantwortung auf, denn der Garten musste betreut und gepflegt werden. Er leistete aber auch wertvolle Beiträge zur Ernährungserziehung und zu einer erlebnisreichen Wahrnehmung ökologischer Zusammenhänge. Gerade in dieser Hinsicht kann ein Schulgarten auch im 21. Jahrhundert viel leisten, auch im Rahmen der Konsumentenerziehung. Als ganzheitlicher, pädagogischer Ansatz entfaltet das Anlegen und Betreuen eines Schulgartens eine vielfältige Wirkung, die Erfahrung, dass sich Einsatz lohnt, ist für die Schüler/innen unmittelbar erlebbar. Die Landschulerneuerung empfahl auch die Errichtung einer Freiluft-

klasse, die zum Unterricht im Freien einlädt. Sie kann als multifunktionaler Raum, als Ort der Lebensgemeinschaft für Schüler/innen und Lehrer/innen und als attraktive Lernumgebung eine wichtige Funktion einnehmen. Bei warmem Wetter genießen Schüler/innen und Lehrer/innen den Unterricht in der frischen Luft und erleben dabei einen angenehmen Teil der Gesundheitserziehung. Schon beim Aufbau der Freiluftklasse kann man sich das Potenzial und die Kreativität der Schüler/innen zunutze machen. Unterricht im Freien soll Kinder und Jugendliche dazu anregen, die unmittelbare Umwelt handelnd zu erleben. Im dicht verbauten urbanen Gebiet mit knappem Grün ist der Unterricht im Freien sogar noch wichtiger als auf dem Land.

- ***Vielfältige Lernangebote***

Wo Schüler etwas herstellen, demontieren, untersuchen, ausprobieren, wo sie unter Einbeziehung vieler Sinne tätig sind, wächst das Interesse. Die multidimensionale Kodierung von Informationen durch mehrere Sinneskanäle begünstigt die Behaltensquote ganz wesentlich. Das Zusammenwirken der Sinnesorgane ermöglicht es den Kindern, neue Kenntnisse zu erwerben und Fertigkeiten zu erlernen. Meist beschränkt sich aber das Lernen auf Hören und Sehen. Wahrnehmung mit möglichst allen Sinnen ist aber eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich Kinder geistig und emotional gesund entwickeln. Um ihnen möglichst vielfältige Zugänge zum Lerninhalt zu ermöglichen und um den unterschiedlichen Lerntypen gerecht zu werden, muss der Unterricht ein multisensorisches Lernen fördern. Der Sandkasten war in den Versuchsschulen der Landschulerneuerung ein unverzichtbares Hilfsmittel im Heimatkunde-Unterricht. Als Mittler zwischen Wirklichkeit und Landkarte, als Repräsentant der Wirklichkeit, als dreidimensionale Darstellung gewann er bei der Einführung in das Kartenverständnis eine große Bedeutung. Auch als Experimentierfeld, das die haptisch-taktile Wahrnehmung des Kindes fördert, wurde der Sandkasten geschätzt. Die lernpsychologischen Vorzüge der Arbeit mit dem Sandkasten gegenüber anderen Methoden liegen im Nutzen des natürlichen Spieltriebs der Kinder und in der motorischen Umsetzung von visuellen und verbalen Kenntnissen. Außerdem regt er die Fantasie an und dient in seiner visuellen und haptischen Zwecken dienen-

den Funktion sowohl dem Prinzip der Anschaulichkeit als auch dem der Selbsttätigkeit. Das Formen mit Sand erlaubt ein allmähliches Entstehen des Modells vor den Augen der Kinder. Der Sandkasten war (ist) ein wirklich wertvolles Lernmaterial, nicht nur im geografisch–heimatkundlichen Bereich und nicht nur in der Volksschule.

Die Landschulerneuerung löste eine Welle der Begeisterung aus, der Schuljugend konnte wieder der Glaube an die Zukunft gegeben werden. „Die entscheidende Leistung war aber das Wachrufen des Landes. Die Menschen auf dem Land wurden aufgerufen, für ihre Jugend in der sich rasch verändernden Welt durch bessere Bildung Vorsorge zu treffen. Die Landschulbewegung hat den Anstoß gegeben zum Ausgleich des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land, zur Beseitigung regionaler und sozialer Grenzen und zur Herstellung der Chancengleichheit im Sinne des Zuganges zu den Schulen.“¹⁹

Matthias Laireiter erachtete die Jahre als Pädagogiklehrer an der Salzburger Lehrerbildungsanstalt als die schönsten seiner 41jährigen Dienstzeit, obwohl es an vielem mangelte und diese Jahre nach 1945 eine Zeit der wirtschaftlichen Not waren. Schon im April 1950 wurde Laireiter zum Landesschulinspektor ernannt, nachdem er als Experte für Schulverwaltung und Lehrerbildung von einem fünfmonatigen Studienaufenthalt in den USA (März bis Juli 1949) zurück gekehrt war. Nun besaß Laireiter neben seinem Gestaltungswillen und seiner fachlichen Kompetenz auch die höchste Verantwortung für alle Salzburger Schulen v.l. Von links und ein beträchtliches Maß an Macht. Ihm wurde nämlich die gesamte Schulaufsicht über die Pflichtschulen und die Mittelschulen übertragen. Dr. Josef Klaus, der spätere Bundeskanzler, der von 1949 bis 1961 Landeshauptmann von Salzburg war, brachte dem neuen Landesschulinspektor viel Vertrauen entgegen, begrüßte dessen Innovationsfreude und überließ ihm weitgehend das schulpolitische Feld. Ohne Übertreibung: Dr. Laireiter wurde in all den Jahren als der „Landesbildungsminister“ im Bundesland Salzburg gesehen und respektiert. Als 1951 im Gemeindegebiet von Wals – Siezenheim die Amerikaner das „Camp Roeder“ als größte Kasernenanlage der US-Army auf österreichischem Boden eröffneten, wurde auch eine eigene Schule für die Kinder der Besatzungssoldaten gegründet.



Delegiertentag der Katholischen Jugend in Salzburg, 1. Reihe v.l. Karl Glaser, Dr. Matthias Laireiter, Landeshauptmann Dr. Josef Klaus und Erzbischof Dr. Andreas Rohrer

Dr. Laireiter besuchte mehrmals diese Einrichtung und interessierte sich für die dort angewandten Methoden. Immer wieder informierte er sich über die Leistungen dieser Schule und gewann dadurch Erkenntnisse, die in seine Auffassung von Schule und Unterricht einfließen.

„Bewegung für moralische Aufrüstung“

Nach Jahren des Hasses, der Zerstörung und des Elends war es an der Zeit, in versöhnlichem Geist Mittel und Wege zu suchen, die künftig ähnliche Ereignisse verhindern sollten. Die später unter dem Kürzel MRA (Moral Re-Armament = Moralische Aufrüstung) bekannte geistige Bewegung basierte auf der Erkenntnis, dass eine Verbesserung der menschlichen Gesellschaft nur dadurch gelingen kann, dass jeder bei sich selbst ändert, was nicht gut ist, statt anderen Vorwürfe zu machen. Schöpfer dieser Idee war der amerikanisch -lutherische Pastor Dr. Frank Nathan Buchmann (1878 – 1961). Er formulierte eine neue Lebensphilosophie, welche jenseits der Gegensätze von Parteien, Klassen, Interessengemeinschaften und Nationen Menschen im Namen der allem übergeordneten geistigen Macht zusammenführen und versöhnen sollte. Den kranken Ideologien sollte eine aus dem Urchristentum der Liebe und Selbstlosigkeit geborene

Idee entgegen gesetzt und verbreitet werden, frei von Hass, Furcht und Gier. Ein dauerhafter Weltfriede könne nur geschaffen werden, wenn sich in den menschlichen Beziehungen sowohl im persönlichen als auch im öffentlichen Bereich etwas ändere, war Buchmann überzeugt.²⁰ Von 1947 an wurden im Schweizer Kurort Caux-sur-Montreux Weltkongresse der Moralischen Aufrüstung veranstaltet, die wesentliche Beiträge zur Versöhnung und Verständigung leisteten. Die Kraft der Ideen sollte zunächst in Führungskräften und Verantwortungsträgern wirken und durch sie das Denken des ganzen Volkes verändern. Der französische Premier Robert Schuman und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer, die beide Caux besuchten, legten hier den Grundstein für die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Unter den vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur, die an den MRA-Veranstaltungen teilnahmen und sich später für diese Bewegung einsetzten, befand sich auch der Salzburger Schulmann Dr. Matthias Laireiter. Die Gedanken von Caux passten gut in Laireiters Philosophie, denn ein organisatorischer, struktureller Neuanfang sollte auch mit einer geistigen Erneuerung verbunden sein. Und Laireiter betonte in vielen seiner überzeugenden Reden die Notwendigkeit einer geistigen, moralischen und berufsethischen Erneuerung.

Daheim im Lehrerhaus

Ende Juni 1945 kehrte Matthias Laireiter nach fünf Jahren Kriegsdienst nach Salzburg zurück. Als er sich beim Landesschulrat für Salzburg zum Dienstantritt meldete, wurde er der Bundeslehrerbildungsanstalt zugewiesen und gleichzeitig mit der ehrenamtlichen Leitung des Schülerheims „Salzburger Lehrerhaus“ betraut. Die ehemalige „Villa Sonntag“ im paradiesisch schönen, 1,60 Hektar großen Park an der Leopoldskronstraße, war 1912 vom Salzburger Lehrerhausverein erworben und als Heim für Söhne Salzburger Landlehrer und Zöglinge der Lehrerbildungsanstalt eingerichtet worden. 1939 wurde es dem Nationalsozialistischen Lehrerbund Bayreuth als Morgengabe geschenkt, und 1945 wurden in das Haus Amerikaner und russische Flüchtlinge zwangseinquartiert. Das Haus war, als Dr. Laireiter die Leitung übernahm, ausgeplündert und in einem trostlosen Zustand. Als deutsches Eigentum kam es nun in den Besitz der Republik Österreich und wurde unter Vermögenskontrolle der Militärregierung

gestellt. 1948 wies das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Dr. Laireiter an, die Verwaltergeschäfte an den Zweiten Präsidenten des Nationalrates Johann Böhm, der von 1945 bis 1959 auch Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes war, zu übergeben. Im Auftrag Böhms führte aber Dr. Laireiter als „Subverwalter“ das Heim weiter. Er kämpfte darum, das Lehrerhaus wieder in den Besitz der Salzburger Lehrerschaft zurückzuführen. Dazu bedurfte es langwieriger Verhandlungen, und Laireiter bewies in diesen Jahren Geduld, vor allem aber auch Hartnäckigkeit und Verhandlungsgeschick. Diese Hartnäckigkeit brauchte er auch, um die Versorgung der Heimbewohner sicher zu stellen, denn die Ernährungslage war katastrophal. Dr. Laireiter berichtete über diese Zeit: „9 kg Mehl waren für 50 Personen für 4 Wochen in einer Zuteilungsperiode berechnet. So mussten die Zöglinge vom Land ihren Heimbeitrag zum Teil in Kartoffeln bezahlen. Gemeinsam zogen wir nach Weitwörth zum Aussetzen und Ernten der Kartoffeln, um einige 100 kg über das zustehende Soll zu organisieren. Mit Rucksäcken ausgerüstet, machten wir unsere Hamsterfahrten zu Flachgauer Mühlen um Maismehl und Brot. Besatzung, UNICEF und Caritas wurden oft und oft angegangen. Der Garten wurde soweit wie möglich genützt für Gemüse und Kartoffeln – eine Hühner-, Ziegen- und später auch eine Schweinehaltung wurden eingerichtet.“²¹



Die Lehrerhaus-Heimgemeinschaft im letzten Jahr der Leitung durch Laireiter 1960

Was Dr. Laireiter in den 15 Jahren als Heimleiter des Salzburger Lehrerhauses leistete, ist wahrhaft unbeschreiblich, und das neben seinen Berufen als Lehrerbildner und Schulinspektor. Das Heim hatte praktisch keine

Einrichtungsgegenstände, bevor der Heimbetrieb aufgenommen werden konnte. „Ein schier aussichtsloses Beginnen, denn es gab nichts zu kaufen. In unzähligen Bittgängen mussten Kästen, Sessel, Matratzen, Geschirr, Werkzeug u. ä. erbettelt und zusammengetragen werden. Studiertische aus der Burg Finstergrün, Militärspinde und Hocker aus Lagerbaracken wurden herbeigebracht. Garten, Spielplatz und Zufahrt waren durch die vielen Lastwagen der Besatzungsmacht zu grundlosen Pfützen und Gräben geworden. So ging es in harter Arbeit durch den ganzen Sommer 1946.“²² Zu Beginn des Schuljahres 1946 / 47 zogen 48 junge Menschen in das Lehrerhaus ein; ein Jahr später mussten sogar mehr als 60 Schüler Platz finden. Zusammenrücken war die Devise - in einem Heim, das eigentlich nur für 35 Heimbewohner gedacht war.

Gleich wichtig wie die materielle Versorgung der Heimbewohner und die Ausstattung des Hauses war Dr. Laireiter die Schaffung einer Atmosphäre harmonischen Zusammenlebens. Ein Heim ist eben mehr als eine Ess-, Schlaf- und Studierstelle; es ist eine Lebens- und Gesinnungsgemeinschaft. Dr. Hans Katschthaler, Landeshauptmann von Salzburg von 1989 bis 1996, erinnerte sich an seine fünf Lehrerhausjahre 1948 – 1953: „Wir waren im Lehrerhaus daheim. Mit diesem Satz ist eigentlich alles gesagt. Im Sinne Waggerls herrschte vor allem noch in den späten Vierzigerjahren „fröhliche Armut“ im Hause. Aber es fehlte uns eigentlich nichts Wichtiges. Wie schön waren doch die Feste! Wie erlebten Advent, bereiteten uns auf das Weihnachtsfest vor, spielten Theater, sangen, plagten unsere Instrumente, wobei wir im Schuhkeller fleißig übten. Zur Faschingszeit und zum Maifest kamen die Mädchen von den Ursulinen oder vom Aignerheim, um mit uns zu tanzen. Aufregende Stunden, anregende Gespräche, verliebte Augenblicke, rasch zumeist wieder verflogen. Die Liebe zum Lehrerhaus ist aber geblieben. Was im Nachhinein noch immer beeindruckt, ist der Rhythmus von Arbeit und Feier, die Konsequenz im täglichen Studium, die Gemeinschaft unter den Studenten und mit den Erziehern bis hin zum verehrten Heimleiter Dr. Laireiter und seiner lieben Gattin. Diese Gemeinschaft hat erzogen, gezogen, gehalten und gefestigt. Dabei blieben Toleranz, Verständnis und Respekt vor individuellen Sichtweisen immer gewahrt. Wir erlebten das Lehrerhaus als eine Chance für vielfältige Aktivitäten eines jungen Lebens.“²³

Die Neugründung des Salzburger Lehrerhausvereins konnte 1959 vorgenommen werden, womit es eigentlich kein Hindernis mehr gab, das Lehrerhaus wieder in Salzburger Besitz zu überführen. Nach 15 Jahren mühevoller, aber überaus engagierter und erfolgreicher Tätigkeit legte Matthias Laireiter im Jahr 1960 die Leitung des Lehrerhauses zurück, und Prof. Dr. Eberhard Stüber, der spätere Umwelthanwalt und langjährige Direktor des Museums „Haus der Natur“, wurde zum neuen Heimleiter ernannt. Der Einsatz Laireiters für das Lehrerhaus war damit aber noch nicht zu Ende, denn nach 15 Jahren Heimleitung war er dann auch noch 25 Jahre lang, von 1962 bis 1987, Vorsitzender des Salzburger Lehrerhausvereins. Auf Initiative von Landesschulinspektor Hofrat Dr. Josef Steidl, der seinerzeit als Student drei Jahre lang ein wichtiger Mitarbeiter des Heimleiters war, wurde am 28. November 1995, fünf Jahre nach dem Tod Laireiters, am Salzburger Lehrerhaus eine Marmorgedenktafel angebracht, mit der dem Schulmann, Heimleiter und Lehrerbildner posthum Dankbarkeit abgestattet wurde.



*Die
Gedenktafel
am
Lehrerhaus*

Pro Juventute

Der Name jener bewundernswerten Organisation, die 1947 als „Erste österreichische Kinderdorfvereinigung“ in Salzburg gegründet wurde, heißt „für die Jugend“ und könnte als Überschrift über dem ganzen Schaffen Matthias Laireiters stehen. 152.000 Kriegswaisen in Österreich stellten eine pädagogische Herausforderung ungeheuren Ausmaßes dar. Professor Laireiter wurde Vorstandsmitglied des Vereins „Pro Juventute“ und Leiter des Arbeitskreises für Erziehung, bereits 1951 wurde er zum Präsidenten

gewählt, und er blieb dies bis 1987, also 36 Jahre lang. In Rottenmann / Steiermark und in Mauerkirchen / Oberösterreich, dem Geburtsort des berühmten Pädagogen Franz Michael Vierthaler (1758 – 1827), entstanden Kinder- und Jugendwohnhäuser, sozialpädagogische Wohngemeinschaften für hilfsbedürftige Kinder und Jugendliche, die nicht mehr im familiären Umfeld leben können. Pro Juventute bietet heute in zahlreichen derartigen Einrichtungen österreichweit jungen Menschen ein neues Zuhause. Als Partner der Jugendwohlfahrt werden von Pro Juventute darüber hinaus eine sozialpädagogische Familienbegleitung organisiert, eine Kinder-Tagesbetreuung ermöglicht und zahlreiche Beratungsstellen geführt.

*Bundespräsident
Dr. Rudolf
Kirschschräger
mit Pro Juventute-
Generalsekretär
Wolfgang Gruber
und Matthias
Laireiter 1978*



Neue Schulen braucht das Land

„Das Werkschulheim Felbertal wurde 1951 im Felbertal bei Mittersill im salzburgischen Pinzgau als private Internatsschule gegründet und 1964 an den heutigen Standort in Ebenau bei Salzburg verlegt. Aus dem Geist der Pfadfinderbewegung setzt sich die Schule zum Ziel, gymnasiale Bildung bis zur Matura mit handwerklicher Ausbildung bis zur Gesellenreife zu verbinden und durch das Zusammenleben im Internat verstärkte soziale Komponenten einzubringen, welche die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von den Eltern fördert.“²⁴



*Baubesprechung
an der Baustelle
des Werkschul-
heims Felbertal in
Ebenau 1962: v.l.
Landeshauptmann
DDr. Hans Lechner,
Dr. Laireiter und
Architekt Prof. Otto
Prossinger*

Ohne Dr. Laireiter gäbe es diese inzwischen bewährte, erfolgreiche Schule nicht. Alexej Stachowitsch und Mag. Josef Löw als Initiatoren fanden im Landesschulinspektor einen Mitstreiter; ihn zu überzeugen, war offensichtlich nicht schwierig, aber auch höchst notwendig. Mit fünf Pädagogen und 25 Buben begann das Abenteuer, 1952 besuchten schon 69 Schüler die 1. bis 5. Klassen. Nach unzähligen Schwierigkeiten bekam das Werkschulheim am 5. Juli 1954 das Öffentlichkeitsrecht. Der Beginn war unvorstellbar spartanisch: In zwei hölzernen Jagdhäusern auf 1100 Meter Seehöhe, völlig abgelegen, fast sieben Kilometer von Mittersill entfernt,

im schneereichen Winter kaum erreichbar, wurden Schule, Werkstatt und Internat gegründet. Und im Juli 1956 legten die ersten Schüler sowohl die Matura als auch die Gesellenprüfung ab.

Alexej Stachowitsch, der erste Direktor des WSH Felbertal in den Jahren 1951 bis 1958, schrieb über die Gründungsphase: „Fast alles, was wir machten, schien ‚normalen‘ Bürgern völlig verantwortungslos und pädagogisch unmöglich zu sein, aber wir konnten das Ohr des damaligen Landesschulinspektors, des reformfreudigen Dr. Matthias Laireiter (sein Name möge nie vergessen werden!) gewinnen und über ihn auch das des späteren österreichischen Bundeskanzlers Dr. Josef Klaus. Geld konnten sie uns zunächst auch nicht geben, aber sie schirmten unsere ‚pädagogische Provinz‘ gegen eine oft verständnislose Umgebung ab.“²⁵

*Die Schulstadt
„Werkschulheim
Felbertal“ auf dem
Hochplateau in
Ebenau, im Hinter-
grund der Wiestal-
Stausee*



Im Bundesland Salzburg setzte nun unter dem von Matthias Laireiter ausgegebenen Motto „Die Schule kommt zum Kind!“ eine noch nie dagewesene Schulgründungswelle ein. „Mit Ausnahme des im Jahre 1906 gegründeten Privatgymnasiums St. Rupert, Bischofshofen, wurde bis 1950 keine höhere Schule außerhalb der Stadt Salzburg geschaffen, sodass alle Schulen dieses Typs in ihr konzentriert waren. Mit der Errichtung des Bundesrealgymnasiums in St. Johann i.Pg. im Jahre 1951 und der im gleichen Jahr erfolgten Gründung des Werkschulheimes Felbertal (seit 1964 in Ebenau) beginnt die Phase der Dezentralisierungsbestrebungen des Salzburger höheren Schulwesens. Es folgen in kurzen Abständen

das Bundesrealgymnasium Hallein (1954), die Bundeserziehungsanstalt Saalfelden (1956), das Privat-Realgymnasium des Lungauer Schulvereines in Tamsweg (1962), das Realgymnasium in Zell am See (1963) und im gleichen Jahr die Musisch-Pädagogischen Realgymnasien St. Johann und Radstadt sowie die berufsbildenden höheren Schulen Kleßheim und Ursprung. Daneben vollzog sich der Ausbau der Fachschulen des technisch-gewerblichen Sektors. Hier sind es die Handelsschulen St. Johann und Zell am See, die Fachschule für Sägetechnik in Kuchl sowie die Hotelfachschule in Bad Hofgastein.“²⁶

„Das Musische Gymnasium als eine Sonderform in der Abteilung der allgemeinbildenden höheren Schulen ist eine der ganz wenigen Bildungsstätten in Österreich, deren Gründung auf eine Initiative von unten zurückzuführen ist. Seine Gründungsväter sind eine Hand voll Pädagogen am damaligen Bundesgymnasium II unter der Führung des Kunsterziehers Adolf Degenhardt (1921 - 1998), die, mit der Entwicklung des Humanistischen Gymnasiums unzufrieden, eine Erneuerung dieses Schultyps insbesondere durch eine musische Schwerpunktsetzung anstrebten. Begünstigt von der in Österreich allgemein spürbaren gewaltigen Bildungsexplosion der Jahre 1956 - 1966 und dem Reformschwung, der in Salzburg auf Grund des Selbstverständnisses als Stadt der schönen Künste mit weltweiter Ausstrahlung und der darauf Rücksicht nehmenden Landespolitik eine stark kulturelle und kunstbezogene Ausrichtung angenommen hat, haben sie, unterstützt von den Eltern, den maßgebenden Schulpolitikern und den Medien 1965 dem Landesschulrat ein detailliertes Konzept vorgelegt, das vom Unterrichtsministerium ein Jahr später bewilligt worden ist. Der Bewilligungsbescheid vom 19. September 1966 ist demnach der eigentliche Gründungsakt des Musischen Gymnasiums.“²⁷

Zwei Namen sind dieser Darstellung hinzuzufügen: der des berühmten Dirigenten und Komponisten Prof. Bernhard Paumgartner (1887 – 1971), der schon 1917 Direktor des damaligen Konservatoriums Mozarteum, 1951 Gründer und Leiter des Salzburger Orchesters Camerata Academica und dann von 1960 bis zu seinem Tod Präsident der Salzburger Festspiele war, und der des Landesschulinspektors Prof. Dr. Mathias Laireiter. Nachdem Paumgartner geklagt hatte, in der Musikstadt Salzburg sei

die Förderung begabter Kinder im musikalischen Bereich zu dürftig, und er seine visionären Ideen einer dem Musischen gewidmeten Schule veröffentlicht hatte, kam Dr. Laireiter die Initiative der Professorengruppe vom Bundesgymnasium am Franz-Josefs-Kai in Salzburg – Lehen gerade recht. Er forderte die Lehrenden auf, ihre Gedanken zu einem musischen Gymnasium zu Papier zu bringen und ihm vorzulegen; er wurde zum Verfechter dieses neuen Schultyps, und er erreichte schließlich sogar, dass das Bundesministerium für Unterricht und Kunst seine Widerstände aufgab und schließlich der Institutionalisierung der Schulform „Gymnasium unter besonderer Berücksichtigung der musischen Ausbildung“ zustimmte. Auch hier kann man vom heutigen Standpunkt aus von einer wahren Erfolgsgeschichte sprechen, die auch zu einem Gutteil Dr. Laireiter zu verdanken ist.



*Eröffnung des
neuen Kindergar-
tens in Wagrain*

Aber nicht nur die mittleren und höheren Schulen erfuhren eine starke Ausweitung, sondern auch im Bereich der Pflichtschulen wuchs die Zahl der Schulstandorte explosionsartig. Nach Kriegsende gab es im Land Salzburg nur 15 Hauptschulorte, 1962 waren es schon 27, und im Schuljahr 1969 / 1970 existierten in 47 Hauptschulgemeinden 57 Hauptschulen. Innerhalb von 25 Jahren kam es also nahezu zu einer Vervierfachung der Hauptschulen. Voraussetzung dafür war eine kluge, mutige und vorausschauende Bildungspolitik. Und eine nicht zu unterschätzende Vor-

leistung wurde vom Landesschulinspektor Laireiter erbracht, indem er eine unglaublich erfolgreiche Überzeugungsarbeit schaffte, in unzähligen Gesprächen mit den Bürgermeistern und mit der Elternschaft in den Gemeinden. Laireiter erwies sich dabei als Stratege, der keine Willkür bei der Festlegung der Schulstandorte zuließ, sondern sich am tatsächlichen Bedarf orientierte. Er nahm zur Kenntnis, dass es immer mehr Kinder gab, die an den Nachmittagen sich selbst überlassen waren. Daher initiierte er 1949 die Gründung des Vereins „Guter Nachbar“ und im Zusammenhang damit 1958 die Gründung der Tagesheimschule als Sonderschule für milieugefährdete Kinder am „Haus der Jugend“ am Franz-Hinterholzer-Kai in Salzburg. Auch die Errichtung der einzigen Internatshauptschule für Knaben im Land Salzburg, 1963 in der Benediktinerabtei Michaelbeuern realisiert, wurde von Dr. Laireiter massiv unterstützt.



Mit der Zunahme und Differenziertheit der Schulen wurden auch entsprechende Beratungsangebote verlangt. Der Pädagogisch-psychologische Dienst beim Landesschulrat für Salzburg begann seine Tätigkeit mit 1. Jänner 1953, und Dr. Edwin Karas wurde zum ersten Landesreferenten

ernannt. Zu den Hauptaufgaben dieses Referates gehörten die Schulbahnberatung, die Berufswahlvorbereitung und die Vermittlung moderner psychologischer Erkenntnisse an Lehrer/innen und Eltern. 1954 kam es zur Gründung des Heilpädagogischen Institutes als Einrichtung der Jugendfürsorge. Es bestand aus einer heilpädagogischen Ambulanz und einer Beobachtungs- und Therapiestation. 1956 folgte die Gründung des Pädagogischen Instituts Salzburg als Stätte der Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern; Direktor Dr. Ferdinand Prillinger (1907 – 1976) leitete die Lehrerbildungsanstalt und das PI in Personalunion. Alle diese Initiativen zeugen vom Weitblick des Landesschulinspektors Laireiter.

*Publikationen
Matthias Laireiters*



Schon bald, nachdem er zum obersten Schulaufsichtsorgan ernannt worden war, gründete Dr. Laireiter den „Salzburger Lesebuchausschuss“. Ausschlag gebend dafür war, dass es seit dem Zweiten Weltkrieg noch kein didaktisch hochwertiges Lesebuchwerk mit Salzburg-Bezug gab. Inzwischen lagen neue Erkenntnisse der Leseforschung und der Lesemethodik vor, durch die der Wert des Lesebuches für eine wirksame literarische Erziehung betont wurde. Allerdings dürfe das Lesebuch nicht das alleinige Lesegut sein, und es müsse zu einer weiterführenden Lektüre anregen. Die Texte seien nach den Kriterien der Kindgemäßheit und der Lesbarkeit auszuwählen, und das Lesebuch müsse die Leseneigungen der Schüler/innen berücksichtigen. Laireiter war sich der Bedeutung des Lesebuches für die Einführung der Kinder in die Vielfalt literarischer Wirklichkeit, für die Erschließung von Texten und für die Ausbildung lebenslanger Lesegewohnheiten bewusst. Unter seinem Vorsitz konstituierte sich eine Lesebuch-Arbeitsgemeinschaft, der so bekannte Schriftsteller wie Franz Braumann und Josef Brettenthaler, die landesweit bekannten Unterrichtspraktiker Johann Aigner und Leopold Faltner sowie der Direktor der Bundeslehrerbildungsanstalt Dr. Ferdinand Prillinger angehörten.

Um die Lesebücher auch mit ansprechenden Illustrationen auszustatten, wurde der Kunsterzieher Alois Schmiedbauer in den Ausschuss berufen. 1954 erschien „Unser Lesebuch – 4. Schulstufe – Heimat Salzburg“ – und die hohen Erwartungen konnten erfüllt werden. In den darauf folgenden Jahren kamen die anderen Schulstufen an die Reihe, auch die Volks-



Die Präsentation des neuen Jungbürgerbuchs 1975: v.l. RR Anton Herzog, Alfred Winter, Landesrat Dr. Hans Katschthaler, Landeshauptmann Dr. Hans Lechner und Hofrat Laireiter

schuloberstufe, und zwischen 1958 und 1960 konnten auch die Bände für die Hauptschule aufgelegt werden.²⁸ Ausgenommen blieb der Erstleseunterricht, denn dafür war 1955 „Meine Fibel – Das Lesebuch für unsere Schulanfänger nach der Ganzheitsmethode“ von Josef Weyrich und Josef Hübl erschienen.²⁹ Mit dem Sammeln geeigneter Texte für die Salzburger Lesebücher beschäftigte sich Dr. Laireiter intensiv mit den Arten und der literaturpädagogischen Bedeutung der Sage. Die Lokalsage ist nicht nur uraltes Kulturgut und Teil der Identität eines Ortes, eines geografischen Raums, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts in den dritten bis sechsten Schulstufen. Sie geht von der Wirklichkeit aus, in Salzburg beispielsweise vom Untersberg und von Paracelsus, und verknüpft das reale Geschehen mit der Welt des Übermenschlichen, des Fantastischen. So entstand „Das Salzburger Sagenbuch“ mit über 400 Sagen aus den fünf Gauen des Landes Salzburg, eine unerschöpfliche Fundgrube.³⁰

Die 1. Landesschulausstellung im Jahr 1952 gab der Öffentlichkeit Einblick und Rechenschaft über die innere und äußere Entwicklung des Schulwesens im Bundesland Salzburg und über die damit verbundenen Erziehungs- und Bildungsbestrebungen.

Zehn Jahre später wurde wieder eine derart große Dokumentation über Schule und Bildung im Bundesland Salzburg präsentiert: Die 2. Landesschulausstellung im Carabinierisaal der Residenz veranschaulichte in

zahlreichen Bildern, grafischen Darstellungen und Schülerarbeiten, wie sich die Schulen seit 1945 entwickelt und der Gesellschaftsordnung angepasst hatten, eine große Aufbauleistung, die in erster Linie Landesschulinspektor Laireiter zuzuschreiben ist.³¹

Die Eröffnung der Ausstellung nahmen Landeshauptmann Dr. Josef Klaus (1910 – 2001) und Unterrichtsminister Dr. Ernst Kolb (1912 – 1978) vor. Dr. Klaus gratulierte dem Initiator und Veranstalter Dr. Laireiter und stellte fest, dass sich das Salzburger Schulwesen in guter Hand und auf gutem Wege befinde.



Schulgesetzwerk 1962

Als die österreichische Schule mit dem „Bundesgesetz vom 25. Juli 1962 über die Schulorganisation“ eine neue Rechtsgrundlage bekam, gab es einschneidende, richtungsweisende Veränderungen in der Struktur der Bildungslandschaft. Gleichzeitig wurden als neuer Schultyp der Polytechnische Lehrgang und für alle Kinder die neunjährige Schulpflicht eingeführt. An der Spitze des Landesschulrates steht seither ein Amtsführender Präsident. In Salzburg musste man nicht lange überlegen, wer für diese Funktion in Frage kam. Mit September 1963 wurde Hofrat Dr. Matthias Laireiter zum Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für Salz-

burg bestellt. Diese Funktion übte er in vier Legislaturperioden des Salzburger Landtages bis Ende Dezember 1977 aus. Insgesamt stand er also nahezu 28 Jahre an der Spitze des Bildungswesens im Bundesland Salzburg, und als Dr. Laireiter am 1. Jänner 1978 in den Ruhestand trat, stand er bereits in seinem 68. Lebensjahr.



*Eine der
Verabschiedungen
von Hofrat Laireiter*

In den Jahren als Amtsführender Präsident war Hofrat Laireiter nicht nur am Ausbau der mittleren und höheren Schulen im Bundesland Salzburg, sondern in dem in ganz Österreich maßgeblich beteiligt. Gab es 1950/51 nur 79 Mittelschulklassen in Salzburg, so waren es im Schuljahr 1976/77 gleich viereinhalb Mal so viel, nämlich 361. Laireiter hatte es geschafft, in jedem Bezirk mindestens eine Allgemeinbildende höhere Schule zu errichten, bevor dies als Zielvorstellung für das ganze Bundesgebiet formuliert wurde. In der „Ära Laireiter“ wurden zehn AHS in der Stadt Salzburg mit 13 auf dem Land ergänzt.³² Insgesamt wurden im Land Salzburg zwischen 1950 und 1977 nicht weniger als 156 Schulen, die Pädagogische Akademie eingeschlossen, errichtet.



*Matthias Laireiter
bei seinem Abschied
1977 im Kreis der
Pflichtschul-Inspektoren
und leitenden
Mitarbeiter*

In Neumarkt am Wallersee wurde in den Jahren 1972 bis 1975 ein Bundesschulzentrum geschaffen, das nicht nur für den Zentralort im nordöstlichen Flachgau eine enorme Aufwertung brachte, sondern für die ganze Region bis weit in das angrenzende Oberösterreich hinein wesentliche Erleichterungen für den Besuch einer mittleren oder höheren Schule bedeutete. Ab September 1972 begann der Unterricht an der zweijährigen Hauswirtschaftsschule, der dreijährigen Fachschule für wirtschaftliche Frauenberufe und an der fünfjährigen Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe. 1975 konnten eine Bundeshandelsakademie, eine Bundeshandelsschule und ein Bundes-Oberstufenrealgymnasium mit einem musischen und einem naturwissenschaftlichen Zweig in Neumarkt a.W. eröffnet werden. 1977 gab es erstmals in Neumarkt eine Matura: Am 25. Juni 1977 bekamen 33 Schülerinnen ihr Reifezeugnis, davon zwei mit ausgezeichnetem und sechs mit gutem Erfolg. Am 20. Juni 1980 gratulierte die Neumarkter Bevölkerung Hofrat Laireiter zum 70. Geburtstag und gleichzeitig zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft, die von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen worden war. Hofrat Laireiter besaß auf dem Südhang in Seenähe ein kleines Haus, das er sehr gerne mit seiner Familie bewohnte, soweit es seine karge Freizeit zuließ. Nach Großarl, seinem Geburtsort, und der Landeshauptstadt Salzburg bezeichnete er Neumarkt am Wallersee als seine dritte Heimat. Neumarkt, im Jahr 2000 zur Stadt erhoben, ist Hofrat Laireiter Dank schuldig, denn ohne ihn gäbe es die Schulstadt Neumarkt nicht.

Matthias Laireiter war eine große unermüdliche Persönlichkeit, ein charismatischer Pädagoge, ein Schulpolitiker



mit Visionen und mit Tatkraft, ein blendender Rhetoriker, ein populärer Schulmann. Er hat in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die Schule in Salzburg geprägt. Mit Recht wird man diesen Zeitabschnitt in der Bildungsgeschichte als die „Ära Laireiter“ bezeichnen können. Hofrat Laireiter hat viel bewegt und – im Dienste der Jugend – viel erreicht. Sein Name möge nie vergessen werden!

Anmerkungen

- ¹ Purger, Alexander: Land unter dem Doppelpleitegeier. In: Salzburger Nachrichten, 2010-02-12
- ² Spiegel Online Forum 2009-11-12
- ³ Schultz, Tanjev: Rettungsversuche bei einem Todkranken. In: Süddeutsche Zeitung. 2009-07-27
- ⁴ „Bad Ischler Dialog 2007“ Eine Konferenz der österreichischen Sozialpartner, Bad Ischl, 03.-04.10.2007
- ⁵ Scheipl, Josef / Seel, Helmut: Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens in der Zweiten Republik 1945 – 1987. Leykam Verlag, Graz 1988
- ⁶ Vgl. Dohle, Oskar: „Allem voran möchte ich das Problem der endgültigen Liquidierung des nationalsozialistischen Geistes stellen“ – Entnazifizierung im Bundesland Salzburg. In: Schuster, Walter / Weber, Wolfgang (Hg.): Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Linz 2004
- ⁷ Vgl. Erlass des Staatsamtes für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 3.9.1945
- ⁸ Weyrich, Josef: 15 Jahre Landschülerneuerung in Salzburg. In: 15 Jahre Landschülerneuerung – 10 Jahre Pädagogisch-psychologischer Dienst, S.7. Veröffentlichungen des Pädagogischen Instituts Salzburg, Band 15. Salzburg 1963
- ⁹ Laireiter, Matthias: Lebensrückschau. In: *Anwalt des Kindes – Festschrift für Matthias Laireiter*. Von Dr. Josef Steidl. Christlicher Landeslehrerverein für Salzburg. Salzburg 1978
- ¹⁰ Weyrich, Josef: Landschülerneuerung, S. 10
- ¹¹ Weyrich, Josef: Landschülerneuerung, S.8
- ¹² Laireiter, Matthias: Tatsachen und Anregungen zur Bildungssituation im Lande Salzburg. In: *Schule in Verantwortung – Festschrift zum 90. Geburtstag von Hofrat Dr. Franz Hörburger*. Veröffentlichungen des Pädagogischen Instituts Salzburg, Band 36. Salzburg 1972
- ¹³ Laireiter, Matthias: Bildungssituation, S.69
- ¹⁴ Weyrich, Josef: Landschülerneuerung, S. 18
- ¹⁵ Weyrich, Josef: Aus der österreichischen Landschülerneuerung nach 1947. In: *Der Unterricht in der Volksschule – Ein methodisch – praktisches Handbuch für Lehrer*. Hrsg. Josef Weyrich. Graz 1956
- ¹⁶ Steindorf, Gerhard: *Grundbegriffe des Lehrens und Lernens*. Bad Heilbrunn / Oberbayern 2000
- ¹⁷ Weyrich, Josef: Allgemeine Grundsätze zur Unterrichtsgestaltung auf der vierten Schulstufe. In: *Der Unterricht in der Volksschule – Ein methodisch – praktisches Handbuch für Lehrer*, IV. Band. Hrsg. von Josef F. Pöschl und Josef Weyrich. Graz 1961
- ¹⁸ Weyrich, Josef: Landschülerneuerung, S. 24
- ¹⁹ Laireiter, Matthias: *Lebensrückschau*
- ²⁰ Vgl. Howard, Peter: *Welt im Aufbau. Die Geschichte von Frank Buchmann und den Männern und Frauen der Moralischen Aufrüstung*. Düsseldorf 1951
- ²¹ Laireiter, Matthias: 15 schwere Nachkriegsjahre. In: *75 Jahre Salzburger Lehrerhaus 1912 – 1987*. Hrsg. Franz Paul Enzinger, Salzburg 1987
- ²² Laireiter, Matthias: 15 schwere Nachkriegsjahre

- ²³ Katschthaler, Hans: Erinnerungen an meine Lehrerhauszeit. In: 75 Jahre Salzburger Lehrerhaus 1912 – 1987. Hrsg. Franz Paul Enzinger, Salzburg 1987
- ²⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Werkschulheim_Felbertal
- ²⁵ Stachowitsch, Alexej M.: Schule – ein Abenteuer – Das Werkschulheim Felbertal. Edition Curriculum, Verlag Guggenberger, Oberndorf bei Salzburg 2001
- ²⁶ Iser, Karl, Ziegeleder, Ernst, u.a.: Das Bundesland Salzburg 1945 – 1970 – 25 Jahre Aufbau und Fortschritt – Eine Dokumentation. Hrsg. Landespressediens Salzburg / Amt der Salzburger Landesregierung. Salzburg 1971
- ²⁷ www.musgym.salzburg.at
- ²⁸ Laireiter, Matthias (Hrsg.): Unser Lesebuch (8 Bände), Otto Müller Verlag, Salzburg 1954 - 1969
- ²⁹ Weyrich, Josef / Hübl, Josef: Meine Fibel - Das Lesebuch für unsere Schulanfänger nach der Ganzheitsmethode
- ³⁰ Brettenthaler, Josef / Laireiter, Matthias: Das Salzburger Sagenbuch. 1. Auflage. Verlag der Salzburger Druckerei, Salzburg 1962
- ³¹ Laireiter, Matthias / Weyrich, Josef: Im Dienste der Jugend – Erziehung und Schule im Bundesland Salzburg von 1945 bis 1963. Veröffentlichungen des Pädagogischen Instituts Salzburg, Band 19, Salzburg 1955
- ³² Karas, Edwin: Expansion der Mittelschule im Lande Salzburg. In: Anwalt des Kindes – Festschrift für Matthias Laireiter. Von Dr. Josef Steidl. Christlicher Landeslehrerverein für Salzburg. Salzburg 1978



Josef Steidl

Persönliche Erinnerungen an einen Neuerer

Im Herbst 1945 trat Dr. Laireiter in mein Leben, das er 45 Jahre lang begleiten sollte als Heimleiter, Lehrer, Vorgesetzter, Weggefährte - gelegentlich als Wegweiser - und in vorgerückten Jahren als väterlicher Freund. Ich war damals 17 Jahre alt und blickte auf drei Jahre Lehrerbildung mit politkonformer Heimerziehung in der NS-Zeit zurück. Das letzte Studienjahr war durchlöchert durch Wehrtüchtigungslager, Volkssturmeinsatz, Reichsarbeitsdienst und schließlich vorzeitig beendet durch die Einberufung zur Wehrmacht.

*Das Salzburger
Lehrerhaus zur Zeit
Laireiters. Links
die: Wohn- und
Schlafräume der
Laireiters*



Die ältesten Erinnerungen an Laireiter verbinde ich mit dem Salzburger Lehrerhaus. Als prägendes Bild aus der allerersten Zeit steht in mir der Heimleiter, der im Speisesaal unter seinen Buben sitzt und dieselbe Einheitskost aus der Heimküche zu sich nimmt wie sie. Diese Geste der Solidarität imponierte uns mächtig. Imponierte sogar dann noch, als er gesundheitsbedingt auf Schonkost umstellen musste und die Tischgemeinschaft nicht mehr mit uns teilen konnte. Ein Heimleiter als Tischnachbar, das war uns Älteren aus früheren Heimerfahrungen völlig neu. Ein Vorgesetzter auf Augenhöhe mit seinen Untergebenen, das kannten wir bislang nicht.

„Unser Heim ist mehr als eine bloße Ausspeise- und Übernachtungsstelle.....“⁽¹⁾ schrieb damals der Heimleiter an die Eltern und erinnerte, dass der Mensch „nicht vom Brot allein“ lebe. Die wiedererlangte Freiheit der Religionsausübung fand im Heimleben bald seinen Niederschlag. Für Laireiter war es selbstverständlich, dass wieder Kreuze angebracht werden und dass der Tag mit einem gemeinschaftlichen Gebet begonnen und ebenso abgeschlossen wird. Die gehaltvollen Gebetstexte sind mir heute noch gegenwärtig. In guter Erinnerung habe ich auch die Feste und Feiern im Jahreslauf.

Um die prekäre Versorgungslage der Heimgemeinschaft zu verbessern, setzte der Heimleiter auch auf Selbsthilfe. Symbol dafür ist für mich die übervolle Ochsenfuhr mit Kartoffeln, die ich eines Tages im Hof unseres Hauses freudig wahrnahm. Laireiter schrieb darüber rückblickend: „Die Studenten von heute können sich diese Zeit nicht vorstellen.... 9 kg Mehl waren für 50 Personen für vier Wochen in einer Zuteilungsperiode berechnet.... Gemeinsam zogen wir nach Weitwörth zum Aussetzen und Ernten von Kartoffeln um einige 200 kg über das zustehende Soll zu organisieren.“ Auch „Hamsterfahrten zu Flachgauer Mühlen um Maismehl und Brot.....“ erwähnte er. Und abschließend: „Der Garten wurde so weit wie möglich genützt für Gemüse und Kartoffeln, eine Hühner- Ziegen- und später auch eine Schweinehaltung wurden eingerichtet.“⁽²⁾

Mit Abschluss der mündlichen Matura näherte sich das Ende der Jahre im Schülerheim. Als wollte er sich bedanken, lud der Heimleiter seine sieben Maturanten zu einem Ausflug auf den Schafberg ein. Er war sichtlich stolz, dass wir es alle geschafft hatten, einige sogar mit ausgezeichnetem Erfolg. Gemeinsam mit ihm und einigen Freunden fuhren wir mit der Ischlerbahn nach St. Gilgen. Von dort brachte uns das Schiff nach St. Wolfgang, von wo uns die keuchende Lokomotive mit viel Qualm den Berg hinauf schob. Zurück ging es zu Fuß. Ich erinnere mich des schweißtreibenden Marsches von etwa drei Stunden nach St. Gilgen. Dort hat uns das heiß ersehnte Erfrischungsbad wieder auf Normaltemperatur gekühlt. Von der durchgehenden Hochstimmung der frisch gekürten Maturanten zu berichten, erübrigt sich.

*Lehrerhaus-
Maturantenausflug
auf den
Schafberg 1947*



Ich erachte es als eine glückliche Fügung, dass der Heimleiter gleichzeitig auch mein Pädagogiklehrer war. Unvergessliche Erinnerungen stellen sich ein, wenn ich an diesen charismatischen Lehrer und dessen Unterricht denke.

Der Lehrer Laireiter begegnete uns zunächst als Mensch. Als Mensch mit der Intention „... einer Jugend, die in Krieg und Zusammenbruch mehr als wertvolle Zeit, Hab und Gut verloren hatte, wieder Lebensmut, Lebenssinn und den Glauben an die Zukunft zu geben.“⁽³⁾ Und diese Menschlichkeit kam bei den Studenten an, allesamt ehemalige Soldaten, nicht wenige im Offiziersrang. Mit Rücksicht auf die vielfach traumatischen Erlebnisse der Vergangenheit hat Laireiter nicht ein einziges Mal die Jahre des Krieges und des NS-Regimes im Unterricht thematisiert. Für dieses einfühlsame Verständnis bedankten sich die Studenten durch Respekt und Zuneigung. Damit hatte er vortreffliche Voraussetzungen geschaffen für seine Akzeptanz im Unterricht. Und diesen wusste der engagierte Lehrer zu gestalten, rhetorisch, inhaltlich und auch hinsichtlich der Bildungswirkung. Er geizte mit der Zeit, hielt sich nicht lange mit Klassenbucheintragungen, mündlichen Prüfungen und Notengebung auf, sondern kam gleich zur Sache. Und die Hauptsache war für ihn der Unterricht. Diesen dominierte sein Wort. Laireiter war wortmächtig wie keiner meiner Lehrer vorher und nachher.

Ich erinnere mich an Unterrichtsstunden, in denen wir die Zeit vergaßen. Der Pädagogiklehrer demonstrierte durch das eigene Beispiel, was interessanter, lebendiger, ja mitreißender und begeisternder Unterricht ist und sein kann. Er ließ uns aber auch wissen, dass dafür der volle Einsatz des Lehrers erforderlich sei. Sein persönlicher Einsatz überschritt bisweilen die physischen Grenzen. Es überraschte uns daher nicht, als er während des Unterrichts einmal erschöpft zusammenbrach und ärztlich versorgt werden musste. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, wie viel einschlägiges Wissen wir Studenten aus dem Unterricht der vergangenen Jahre überhaupt mitgebracht haben. Die Antwort: herzlich wenig. Und das Wenige war völkisch und rassenideologisch eingefärbt. Mein Pädagogikheft von damals (3. Jg. 1944/45) kann jederzeit als Beleg dafür eingesehen werden.

Demgemäß waren uns natürlich Namen wie Spranger, Willmann, Eggersdorfer und sogar Pestalozzi so gut wie unbekannt. Das sollte sich nun bald ändern. Im Unterricht des neuen Pädagogikprofessors erfuhren sie nämlich die gebührende Anerkennung, schulgeschichtlich und ideengeschichtlich.

Die Begegnung mit Eduard Spranger und seiner Wertlehre beispielsweise zählte zu den interessantesten und lohnendsten Unterrichtserlebnissen meiner gesamten Studienzeit an der LBA. Der Schwerpunkt dieses Unterrichts lag nicht so sehr auf Vermittlung von Wissen als vielmehr auf Wertorientierung und Anbahnung von Werthaltungen.

Genau das war es, dessen wir am dringendsten bedurften nach den turbulenten Jahren der „Umwertung aller Werte“.

Bei Otto Willmann denke ich immer an seine bündige Formulierung des Erziehungszieles: „Lebendiges Wissen, durchgeistigtes Können, geläutertes Wollen“. Dank der Interpretation durch lebensnahe und aktuelle Beispiele steht es heute noch abrufbar in meinem Gedächtnis. Dass ich als Pädagogikstudent an der Universität Wien über den geistvollen Kulturpädagogen Willmann noch mehr erfuhr, versteht sich von selbst. In Wien nahm ich übrigens an der feierlichen Enthüllung einer Gedenktafel für ihn teil, Jahre später auch in Salzburg-Mülln, wo sogar noch eine seiner Töchter, Frau Herder, anwesend war.

Franz Xaver Eggersdorfer, ein Schüler Willmanns, hielt bei der erwähnten Enthüllung der Gedenktafel für seinen Lehrer in der Hegelgasse die Fest-

ansprache. Sein vertieftes Verständnis von Erziehung und Ziel der Erziehung findet u. a. seinen verbalen Ausdruck im „Heilswillen am werdenden Menschen“. Laireiter wurde nicht müde, diesen metaphysischen Ansatz von Erziehung in Wort und Schrift zu reflektieren und zu kommentieren. Johann Heinrich Pestalozzi wurde uns vorgestellt als eine der ganz großen Erziehergestalten, erfüllt von Eros und Ethos gegenüber den ihm anvertrauten Kindern.

In philosophischer Nähe zu Rousseau und Kant lernten wir ihn auch kennen als Kündler der „reinen Menschenbildung“. Schließlich vermittelte uns der Pädagogiklehrer seine sozialreformatorischen Visionen. Pestalozzi wurde als pädagogische Lichtgestalt so nachhaltig in uns verankert, dass ich beispielsweise Jahre später (1961) das Grabmal Pestalozzis in Birr mit den Maturantinnen der LnBA besuchte. Zum Grabmal nach Birr fuhr ich 1992 auch mit meinen Maturakollegen von einst.

*Laireiters
Studenten von
einst am
Grabmal von
Heinrich Pestalozzi
in Birr, Schweiz,
1992*



Ein abschließender Höhepunkt der institutionellen Lehrerbildung bildete die feierliche Verabschiedung der Maturanten im Wiener Saal des Mozarteums. Im Mittelpunkt stand eine fulminante Rede unseres Klassenvorstandes. Er erinnerte temperamentvoll und nachdrücklich noch einmal an unsere große Berufung als „Lehrer des Volkes“. Motivationsrhetorisch wirksam stellte er den gebannten Zuhörern wiederholt die biblische Frage „Bist du es, der da kommen soll.?“ Eine Frage, die unterstellen sollte, dass sie Eltern und Öffentlichkeit unausgesprochen an uns richten werden.

Der mit dieser Frage verbundene Erwartungsanspruch löste in mir Stolz und Zweifel gleichermaßen aus. Die aufrüttelnde Verabschiedung in die berufliche Verantwortung ging jedenfalls unter die Haut und ließ wohl keinen kalt. Sie verstärkte in uns allen das berufsethische Bewusstsein, nicht einen Job gewählt zu haben, sondern einer Berufung gefolgt zu sein. Mit einer gewissen Wehmut verließen wir bewegt den Saal. Bald überwog jedoch die Freude, die Berechtigung in der Tasche zu haben für einen Lebensberuf.



Matthias Laireiter bei seinem Abschied 1977 im Kreis der Pflichtschul-Inspektoren und leitenden Mitarbeiter

In mir war unterdessen der Wunsch zur Entscheidung gereift, selbst einmal Pädagogiklehrer zu werden. Bis es so weit war, vergingen zehn Jahre. Der entscheidende Schritt erfolgte, als Laireiter mich 1949 bei einer Sommertagung in Goldegg fragte, ob ich die vakant gewordene Erzieherstelle im Salzburger Lehrerhaus übernehmen wolle. Ich sagte nach kurzer Bedenkzeit freudig zu, da ich diese Aufgabe mit dem geplanten Universitätsstudium in Salzburg verbinden konnte.

Die nächsten drei Jahre wohnte ich Tür an Tür mit ihm, sowie seiner verständnisvollen und stets freundlichen Gattin. In dieser Nachbarschaft blieben einem Lebensgewohnheiten, Umgang, Kommunikation, Alltagsroutine, Befindlichkeiten, Geselligkeit und anderes mehr nicht verborgen. Und Fragen wurden unwillkürlich beantwortet, die man neugierig und still mit sich herumgetragen hat. Etwa die Frage nach der Freizeitbeschäftigung

bzw. allfälliger Hobbys des Hausherrn.

Die Frage seiner Herkunft väterlicherseits wurde überraschend schnell durch den Besuch seines Vaters beantwortet. Als wäre er aus einem Egger-Lienz-Gemälde herausgetreten, so sehr glich er dessen Bauerngestalten mit den geerbten Gesichtern, ihren gekrümmten Rücken und den schweren Schritten. Bei Laireiter selbst konnte im fortgeschrittenen Alter dieser schwere Schritt unverkennbar ausgemacht werden.

Zurück zur Frage der Muße des Heimleiters, für den 1950 ein gänzlich neuer Lebensabschnitt begonnen hatte. Er wurde nämlich zum Landeschulinspektor für die allgemeinbildenden Schulen in Nachfolge von Dr. Franz Hörburger ernannt. Außer Sonntag stand ihm praktisch keine freie Zeit mehr zur Verfügung, zumal er von 1951 bis 1987 auch als österreichischer Vereinspräsident von Pro Juventute im Einsatz war. Seine freie Zeit verbrachten er und seine Gattin gern mit den befreundeten Ehepaaren Dick, Ebner, Wirth und Schmied. Nicht weniger war es ihm zu tun, den Kontakt mit seinen Geschwistern und Verwandten zu pflegen. Diesen kam er übrigens in vielfältiger Weise zu Hilfe: So zum Beispiel brachte er zwei Söhne und eine Tochter seiner jüngsten Schwester im Lehrerhaus unter, als diese studierten. Dieselbe großzügige Unterstützung erfuhr der Neffe seiner Gattin. Über die Verwandtschaft hinaus kümmerte er sich auch um existenzielle Belange anderer Menschen, überwiegend aus Großarl.

Der neue Landeschulinspektor trat also in die Fußstapfen Dr. Hörburgers. So unterschiedlich die beiden nach Alter und Herkunft auch sein mochten, ihre Geistesverwandtschaft hätte enger nicht sein können: Beide genossen eine humanistische Grundausbildung, beide schlossen geisteswissenschaftliche Universitätsstudien in Innsbruck ab, beide bezogen in akademischen Studentenverbindungen Position zu religio, scientia, patria und amicitia, und beide erwarben sich als charismatische Lehrerbildner einen legendären Ruf. Der Gemeinsamkeiten nicht genug: Die Erziehungsphilosophie der beiden deckte sich mit jener der wertorientierten Kulturpädagogen. Demgemäß reichte ihr Bildungsbegriff über das bloß Zweckhafte und Nützliche hinaus. Und noch an eine fundamentale Gemeinsamkeit darf erinnert werden: beide waren Neuerer, Neuerer um Bestehendes zu verbessern, Neuerer, um neue Wege zu beschreiten, und Neuerer, um Neuland zu erschließen.



*Laireiter gratuliert
Hofrat Dr. Franz Hörburger
zum 90er.*

Der Erneuerungswille Laireiters war es dann auch, der die Entwicklung der Salzburger Schule in den nächsten Jahrzehnten bestmöglich voranbringen sollte. Wie sehr ihm dies gelang, hat kein Berufenerer als Franz Hörburger ausgesprochen: „Was er für die Förderung des gesamten Schulwesens im äußeren Ausbau und in der inneren Durchbildung in einer rastlosen Hingabe an die Neugestaltung der Schule gewirkt hat, steht einzigartig in der Geschichte der Salzburger Schule da. Mit Stolz darf er auf dieses Lebenswerk blicken ...“⁽⁴⁾

Nach diesem Exkurs wieder zurück zu meinen persönlichen Erinnerungen: Von der allgemeinen Aufbruchstimmung der Nachkriegsjahre mitgerissen und vom eigenen Gestaltungswillen getrieben, war der neue Landesschulinspektor bald derart in Anspruch genommen, dass er wochentags meist sehr spät nach Hause kam. Dann setzte er sich gewöhnlich allein an den kleinen Esstisch im Wohnzimmer, um das bereitgestellte Abendessen zu sich zu nehmen. In der Regel war es eine kalte Platte mit Wurst, Käse, hartgekochtem Ei, Butter und Brot. Daneben stand eine Thermosflasche mit Tee und eine Flasche Bier. Das Lesen der angekommenen Post geschah nebenbei. Gelegentlich öffnete sich dann die Tür zum Erzieherzimmer, wo er mich studierenderweise am Schreibtisch sitzend fand. Mangels eines zweiten Stuhls ließ er sich auf der Kante meines Bettes nieder und wir kamen ins Gespräch. Ein Gespräch, das den Namen nicht immer verdiente, da es oft monothematisch und monologisch verlief. Ich fühlte mich dennoch stets als privilegierter Zuhörer, wenn er mich teilnehmen ließ an Überlegungen, die beinahe ausschließlich die Schule zum Gegenstand hatten. Angefangen von Schulgründungen über Schulbauten, Einrichtung

und Ausstattung, über Lehrer, Lehreraus- und fortbildung, Lehrpläne, Elternbildung und vieles andere mehr entwickelte er Gedanken.

Bevor ich einige Schwerpunkte dieser nächtlichen Reflexionen zu Papier bringe, scheint es nicht uninteressant zu sein, welche „Randbemerkungen“ er in Form von Lebensregeln und Bonmots dabei einfließen ließ. Seine Grundregel und Maxime lautete: „Zuerst das Notwendige, dann das Nützliche und hernach das Angenehme“. Und in der Tat bezeugen Leben und Lebenswerk Laireiters, dass er sich an diese Regel eisern hielt. Das Notwendige „Im Dienste der Jugend“⁽⁵⁾ zu tun, erachtete er als Lebensauftrag und Lebenserfüllung. Das Notwendige stand so sehr im Mittelpunkt, dass er für das „Angenehme“ buchstäblich keine Zeit erübrigen konnte. Zeit und Muße gönnte er sich erst in den Jahren des Ruhestandes.

Seine Schulzeit im Borromäum fiel in die Hungerjahre nach dem ersten Weltkrieg. Vermutlich stammt das „primum vivere deinde philosophari“ aus dieser Zeit. Zuerst muss man leben, dann kann man philosophieren. Mit anderen Worten: Erst müssen die Grundbedürfnisse befriedigt sein, dann kann man geistige Arbeit angehen. Die Weitwörther Kartoffelaktion und andere Initiativen zur Verbesserung der Versorgungslage im Schülerheim belegen, wie tief in ihm diese Regel als Handlungsanweisung saß.

Wenn Lehren und Lernen zur Sprache kamen und seine persönliche Vorbereitung auf den Unterricht, dann hörte ich wiederholt das „docendo discimus“ d.h. durch Lehren lernen wir. Als Lehrende sind wir angehalten, uns vorher selbst über die zu unterrichtende Materie volle Klarheit zu verschaffen. Diese antike Weisheit zu beherzigen, wäre auch heute noch mancherorts zu empfehlen.

Eine andere Weisheit steckt im „verba movent exempla trahunt“: Worte bewegen, Beispiele ziehen an. Ich erinnere mich an den Pädagogikunterricht, in dem Laireiter diesen Wahlspruch der Vorbildpädagogik gern zitierte und kommentierte. Als gesuchter Referent in der Elternbildung versäumte er es nie, auf die Wirkkraft des persönlichen Beispiels in Wort und Tat hinzuweisen. Schließlich ginge es ja auch um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in ihrer Erziehung.

Nocheinmal führe ich meinen nächtlichen Gesprächspartner an: „Non multa sed multum“. Nicht vielerlei, sondern vieles. Weniger ist mehr, könnte man frei übersetzen oder: Qualität geht vor Quantität. Diese Maxime ist Regulativ und Korrektiv zugleich, wenn es um das rechte Maß geht

für die Lehrinhalte von Lehrplänen, Lehrbüchern und im täglichen Unterricht. In diesem Zusammenhang wies Laireiter oft warnend auf die Gefahr des didaktischen Materialismus und die dadurch bedingte Überforderung der Schüler hin.

Zum Schluss gebe ich einen Ausspruch wider, den er halb scherzend und entwaffnend von sich gab, als ihn Schuljuristen gelegentlich auf die Rechtskonformität von „vollendeten Tatsachen“ in seinem Wirkungsbereich aufmerksam machten. „Die Juristen schreiten ordnend hinterher“. Laireiter sah sich als der Vorausgehende, der einen gewissen Freiraum brauchte, um Neues ins Werk setzen zu können und die Juristen als die Nachfolgenden, die das Neue schöpferisch einordnen.

Und nun zu einigen inhaltlichen Schwerpunkten, die zu nächstlicher Stunde zur Sprache gebracht worden waren.

Gerne erzählte er über die prägenden Erfahrungen durch die Akademische Verbindung Austria (AVA) in Innsbruck. In seiner Autobiographie ⁽⁶⁾ schreibt er, dass der Beitritt zu dieser Verbindung „unschätzbar wertvoll“ war für sein ganzes Leben und fährt fort: „Hier fand ich die notwendige Ergänzung zur wissenschaftlichen Ausbildung...durch die charakterliche, gesellschaftliche und weltanschaulich-politische Führung in einer echten, gehobenen Gemeinschaft junger Menschen.“ Besonders schätzte er dabei auch das „Zusammentreffen mit Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von Kirche und Staat...“ und vermerkt abschließend mit einem gewissen Stolz: „Das Hineinwachsen in die gehobene Gesellschaft war vor allem für einen Bergbauernbuben und Seminaristen entscheidende Voraussetzung für die späteren Aufgaben als Akademiker“.



*Der frisch promovierte
Doktor Laireiter
in Innsbruck 1936*

Schon bald nach Amtsantritt ging Laireiter daran, eine landesweite Schulausstellung zu organisieren, um einen Überblick über den Ist-Stand seines Verantwortungsbereiches zu bekommen. 1952 wurde sie in Anwesenheit von Unterrichtsminister Dr. Kolb und Landeshauptmann Dr. Klaus eröffnet. Bei den Vorgesprächen und Überlegungen zu dieser Ausstellung wie auch bei den Nachgesprächen wurde mir bewusst, wie sehr sie als Grundlage seiner Planungsstrategie diente. Der zweiten Landesschulausstellung 1962 lagen übrigens ebenfalls bildungsstrategische Intentionen zu Grunde. Laireiters Bildungsstrategie, die auf einer möglichst genauen Kenntnis der Faktenlage beruhte, umfasste sowohl die äußere als auch die innere Schulerneuerung. Diese Einsicht begann sich in mir immer mehr zu festigen. Da die Bürgermeister seine wichtigsten Verbündeten waren, wenn es um die Umsetzung von Plänen zur Errichtung und zum Bau von Schulen ging, waren diese nicht selten auch virtuell Anwesende bei unseren Nachtgesprächen.

Wann immer er über Verhandlungen mit ihnen berichtete, war er voll des Respektes über deren Aufgeschlossenheit und deren kommunalpolitische Kompetenz. Namen wie Kappacher von St. Johann, Rettenbacher von Abtenau und Gschwandl von Großarl sind mir heute noch geläufig. Dass Laireiter bei den Bürgermeistern geschätzt war, beruhte auf Gegenseitigkeit. Nicht ein einziges Mal hörte ich ihn abfällig über sie reden. Der „Dorfkaiser“ war nie in seinem Mund.

Ein pädagogisches Problem, das der neue Landesschulinspektor als vordringlich einstufte, bereiteten ihm die Schlüsselkinder in der Stadt Salzburg. Konkret ging es um Kinder von berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden, für die ein Schulbesuch mit einer qualifizierten Nachmittagsbetreuung einschließlich einer Mittagsauspeisung vorzusehen war.

Eine Lösung zeichnete sich ab, als Laireiter über den Verein „Guter Nachbar“ das Haus der Jugend als Tagesheimschule ins Leben rufen konnte. Das Konzept umfasste die vierte Klasse Volksschule, die Hauptschule und den Hort, der auch eine Sommerbetreuung bot. Mit der langjährigen Hortleiterin Hilde Zmorsky pflegte Laireiter engen Kontakt.



*Laireiter im Gespräch
mit Frau Zamorsky,
der Leiterin des Tagesheims
„Haus der Jugend“*

Ein Problem ähnlicher Art wie in der Stadt Salzburg hatten Eltern und Alleinstehende auch auf dem Land. Für Buben im Hauptschulalter gab es im Unterschied zu den Mädchen (in Goldenstein) keine ganztägige und in diesem Fall internatsmäßige Betreuung. Laireiter machte sich auf die Suche und wurde im Kloster Michaelbeuern fündig. Heute ist diese Internatsschule auch für externe Schüler, einschließlich Mädchen, zugänglich und erfreut sich eines guten Rufes.

Laireiter nennt das Werkschulheim Felbertal (1951) den „bedeutendsten Schulversuch“ Salzburgs ⁽⁷⁾. Das innovative Modell inkludiert eine Allgemeinbildende Höhere Schule mit neunjährigem Bildungsgang, in dem gymnasiale Bildung mit einer handwerklichen Ausbildung verbunden sind: Maturazeugnis + Gesellenbrief zum Abschluss! Die Geburtswehen für diese Unikatsschule erlebte ich am Rande mit. So zum Beispiel, als mich Laireiter in das entfernte Felbertal mitnahm zu einer der vielen Besprechungen mit Alexej Stachowitsch, dem Leiter und dem jungen Probelehrer Josef Löw. Ob der Landesjugendreferent Gottfried Wagner auch mit uns fuhr, ist mir entfallen. Was mir in Erinnerung geblieben ist, sind die zwei Holzbaracken und der gemauerte Neubau. Dass aus diesen abenteuerlichen Provisorien einmal die renommierte Bildungseinrichtung in der Schulstadt „Werkschulheim Felbertal“ auf dem Hochplateau bei Ebenau entstehen würde, hätte ich mir nicht einmal im Traum vorstellen können. Noch habe ich kein Wort verloren über die persönlichen Erinnerungen an Gespräche über die Landschulerneuerung, ein Herzensanliegen Laireiters. Ebenso kein Wort über das Musische Gymnasium, das auf Anregung des Präsidenten der Internationalen Stiftung Mozarteum Bernhard Paumgart-

ner zielstrebig auf den Weg gebracht worden war. Allein die vorgegebene Seitenzahl dieses Beitrages zwingt zur Beschränkung. Ich möchte jedoch die Erinnerungen aus dem Lehrerhaus nicht abschließen, ohne die Frage zu beantworten, worüber nie gesprochen worden war. Zu meiner Verwunderung thematisierte Laireiter nicht ein einziges Mal seine Militärdienstzeit, die immerhin fünf Jahre gewährt hatte. Seltsamerweise sprachen wir auch nie über Musik, Theater, Oper, Konzerte, Ausstellungen, Sport und Medien. Das „Notwendige“ hatte den absoluten Vorrang.

In den drei Erzieherjahren und einem weiteren Jahr konnte ich mein Universitätsstudium in Salzburg mit dem Doktorat abschließen. Zum Lehramtsstudium aus Pädagogik übersiedelte ich nach Wien. In der Zwischenzeit erfuhr ich, dass das Ehepaar Laireiter durch die Adoption von Ruth (1953) und Christoph zur Familie mutierte. Nach einem Fulbrightjahr an der Universität Kansas (Lawrence) legte ich die Lehramtsprüfung ab. Im Februar 1957 erhielt ich eine Anstellung als Pädagogikprofessor an der LBA und im Herbst an der LnBA. Vermutlich ging damit auch ein Wunsch meines ehemaligen Pädagogikprofessors in Erfüllung.

Dessen wachsende Kreise pädagogischer Verantwortung erfuhren 1963 ihre größte Ausdehnung: Laireiter wurde zum ersten Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates bestellt. Als solcher stand er mit umfassenden Befugnissen ausgestattet nun auch in der politischen Arena. 1963 fiel auch für mich eine wegweisende Entscheidung, als Laireiter mich ersuchte, die vakant gewordene Stelle in der Leitung des Schulpsychologischen Dienstes zu übernehmen. Dadurch kam ich als Beamter des Landesschulrates wieder in ein Naheverhältnis zu ihm.

Von den persönlichen Erinnerungen aus den Folgejahren bis zu seinem Ableben im Jahre 1990 muss ich auswählen und rafften:

Als Präsident der Pro Juventute Kinderdorfvereinigung lud mich Laireiter ein, ihn zur Eröffnung des Michael-Vierthaler-Hauses in Mauerkirchen und ein anderes Mal zur Eröffnung eines Pro-Juventute-Hauses in Rottenmann zu begleiten. Auf den Hinfahrten bereitete er sich - meist ohne Notizen - auf die zu haltende Ansprache vor. Diese war jedes Mal ein Höhepunkt der Feierlichkeiten, an der auch die örtliche Bevölkerung teilnahm.



*Eröffnung des Pro
Juventute-Hauses
in Rottenmann*

Ein dreiwöchiger Kuraufenthalt in Rogaska Slatina, bei dem auch Richard Treuer zugegen war, bot eine Fülle von Gelegenheiten zu entspannten Gesprächen. Dabei fielen u. a. Namen wie Mater Dr. Ehrenstrasser, die Direktorin der Ursulinenschule, die er ob ihrer totalen Hingabe bei der Übersiedlung aus der Stadt Salzburg nach Elsbethen rühmte, oder Frau Direktor Dr. Nußbaumer, die er bewunderte, dass sie die Familiennamen von mehr als 600 Schülerinnen ihrer Frauenoberschule abrufbar im Kopfe hatte und schließlich Schwester Waltraud (Wopelka), die tüchtige Leiterin der Kindergärtnerinnen-Ausbildung. Als wir auf das Musische Gymnasium und die Männer der ersten Stunde zu sprechen kamen, würdigte er neben Direktor Kaforka die Professoren Weinkamer, Reiter, Degenhardt und einen Germanisten, dessen Name mir entfallen ist. Selbstverständlich unterhielten wir uns ausführlich über die „Österreichische Landschulerneuerung“ und Salzburgs Anteil mit RR Weyrich als Hauptorganisator. Das Werkschulheim Felbertal blieb natürlich nicht ausgespart. Über die bekannten Namen hinaus erfuhr ich den Namen des engagierten Generaldirektors Kuhn, des Vorsitzenden des schulerhaltenden Vereins. An weiteren Namen aus dieser Zeit sind mir noch im Gedächtnis: Dr. Dorn aus Tamsweg, der ein Proponentenkomitee zur Errichtung des örtlichen Gymnasiums auf die Beine gestellt hatte und Josef Hörl aus Saalfelden, der bei der Errichtung der dortigen HTL wertvolle logistische Hilfe (Internat, Ausspeisung) leistete. Die HTL Saalfelden verlor übrigens nach kurzer Zeit ihren dynamischen Gründungsdirektor Christoph Herzog durch einen tragischen Unfall (1976). Laireiter hielt vor einer riesigen Trauergemein-

de an einem schwülheißen Tag eine bewegende Trauerrede. Wissend, dass er am nächsten Tag eine große Chinareise antreten würde, konnte ich ihn nur bewundern.

Als ich 1972 die 7. Pädagogisch-Psychologische Woche veranstaltete, lud ich auch HR Franz Hörburger anlässlich seines 90. Geburtstages ein. Dem Anlass entsprechend begrüßte Laireiter und nahm an seiner Seite Platz. Es sollte das letzte Mal sein, dass die beiden bildungsgeschichtlichen Größen unseres Landes beisammensaßen. Inzwischen lief meine Bewerbung um die Stelle eines Landesschulinspektors. Die Karten standen nicht gut, soweit sie die Landesvertretung und Minister Sinowatz in Händen hatten. Laireiters argumentative Überzeugungsarbeit und Beharrlichkeit führten schließlich zur Entscheidung zu meinen Gunsten.

Die offizielle Verabschiedung Laireiters in den Ruhestand fand im festlichen Rahmen der Salzburger Residenz statt. Das Schülerorchester des von ihm ins Leben gerufenen Musischen Gymnasiums gestaltete die musikalische Umrahmung. Ein bewegendes Bild von Dauer.

Schon im Ruhestand befindlich nahm er an meiner Bildungsexkursion nach England teil. Wie bei vorangegangenen Bildungsfahrten auch, schien sein Interesse für vergleichende Bildungseinrichtungen ungebrochen zu sein. Im Ruhestand fand er gemeinsam mit seiner Gattin nun auch Zeit und Muße für Kunstreisen. Prälat Johannes Neuhardt als Kunstführer inspirierte ihn aufs Höchste.

*Verabschiedung
im Rittersaal der
Salzburger
Residenz, im
Vordergrund das
Orchester des
Musischen
Gymnasiums*



Wir schrieben das Jahr 1982, als unsere Klassengemeinschaft (Maturajahrgang 1947) ihren einstigen Klassenvorstand zu einer Gemeinschaftsfahrt in die Steiermark und das Burgenland einlud. Es war die letzte kollektive Begegnung mit ihm. Meine allerletzte Erinnerung an Laireiter bringt mich ins Schloss Kahlsparg, ein Seniorenheim der Halleiner Schulschwester in Oberalm. Josef Stöger und ich besuchten ihn mehrmals, zuletzt wenige Wochen vor seinem Ableben. Er saß allein im Gemeinschaftsraum, eigenartig wortkarg und verstört. Wir rätselten nach der Ursache, da wir ihn wenige Tage zuvor noch frisch und mitteilbar erlebt hatten. Die diensthabende Schwester enthüllte später den Grund: Laireiter hatte in seinem Zimmer die Halluzination, von jungen Burschen, die beim Fenster hereingestiegen seien, frech angegangen worden zu sein. Obwohl er sie entschieden des Zimmers verwiesen hätte, seien diese trotzig geblieben. In diesem Zustand subjektiver Machtlosigkeit hätte ihm die Schwester den gütlichen Vorschlag gemacht, das Zimmer vorübergehend zu räumen. Schweren Herzens mussten wir nun zur Kenntnis nehmen, dass die Ära Laireiter als epochaler Abschnitt der Salzburger Schulgeschichte endgültig zu Ende gegangen war.



*Matthias Laireiter
mit Gattin
Rudolfine (Mitte),
dem Ehepaar
Josef und
Annemarie Steidl
sowie
Gertrud Schwarz
privat*

Anmerkungen

- ⁽¹⁾ Matthias Laireiter: „An die Eltern“ in Heimmacht 1946/47 S. 3
- ⁽²⁾ Matthias Laireiter: „15 schwere Nachkriegsjahre“ in 75 Jahre Salzburger Lehrerhaus
- ⁽³⁾ Matthias Laireiter: „Lebensrückschau“ in Anwalt des Kindes, S. 11
- ⁽⁴⁾ Franz Hörburger: Geschichte der Salzburger Lehrerbildung, S. 54
- ⁽⁵⁾ Matthias Laireiter und Josef Weyrich: Im Dienste der Jugend, Salzburg 1965
- ⁽⁶⁾ Matthias Laireiter: „Lebensrückschau“ in Anwalt des Kindes, S. 10
- ⁽⁷⁾ Matthias Laireiter: Die Entwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens in Salzburg seit 1900, S. 210

Hans Katschthaler

Anmerkungen zur schulischen Bildungsdiskussion in Österreich

In dankbarem Gedenken an meinen verehrten Lehrer Matthias Laireiter

Die jüngere österreichische Schuldiskussion bediente sich häufig abwertender Begriffe wie „Reformstau“, „Bildungsnotstand“ und „Bildungskatastrophe“, wodurch unseren Kindern Zukunftschancen gestohlen würden. Ein Teil der Medien transportiert solche Bewertungen mit beachtlicher Ausdauer und oft wider besseres Wissen. Hier wie einst in der Bundesrepublik Deutschland sollte über ein schulisches Katastrophenszenario der Boden für erlösend Neues im Schulalltag aufbereitet werden. Dabei geht es nicht um laufend notwendige schulische Optimierungen, sondern vielmehr um die endliche Erfüllung alter schulpolitischer Wünsche, die als wahrer Fortschritt bezeichnet werden: Eine Schule der Gleichheit und Einheitlichkeit für die gesamte Pflichtschulzeit, eine Schule der ganztägigen Betreuung für alle Kinder, eine Schule ohne Anstrengung, in der unter der Moderation der Lehrkräfte die Starken den Schwachen helfen, wodurch eine Solidargemeinschaft für das Leben entstehen soll.

Dem behaupteten „Reformstau“ muss entschieden und kann begründet widersprochen werden, denn in der Tat befindet sich die schulische Entwicklung in Österreich in einem ständigen Reformprozess. Darauf verweist etwa auch Felix Jonak, der langjährige, anerkannte Cheflegist des Unterrichtsministeriums.¹

So führte Theodor Piffil-Percevic (1964-1969) die großen Schulgesetze des Unterrichtsministers Heinrich Drimmel (1954-1964) in die Schullwirklichkeit über und forderte für jeden politischen Bezirk in Österreich mindestens eine höhere Schule. Er hat dieses Ziel wesentlich noch in seiner Amtszeit durchgesetzt. Der Minister trat 1969 zurück, als just ein in seinem Bundesland Steiermark initiiertes Volksbegehren zur Abschaffung des neunten Schuljahres an allgemein bildenden höheren Schulen zum Erfolg kam. Piffil-Percevic sah darin eine Benachteiligung des ländlichen Raumes, wo Musisch-pädagogische Realgymnasien begabten Hauptschülerinnen und Hauptschülern eine adäquate Allgemeinbildung gegenüber Schülerinnen und Schülern in Langformen der Gymnasien und Realgym-

nasien bieten sollten. Ihm gebührt für seine Haltung nachträglich Respekt.

Alois Mock (1969-1970) setzte eine Schulreformkommission ein, die sich deutlich von der gegenwärtigen Expertenkommission unterschied. Mocks Kommission beachtete in ihrer Zusammensetzung das gesellschaftliche Interesse am Schulthema und setzte auf Fachleute der einschlägigen Wissenschaften und der Schulpraxis, während in der gegenwärtigen Expertenkommission schulfremde Experten weitaus überwiegen, deren berufliche Qualifikation ebenso unbestritten ist wie deren schulische Einsichtsfähigkeit, auch gemessen am vertretenen Bildungsbegriff und an den darauf beruhenden Vorschlägen, sehr bezweifelt werden darf.² Noch in der Amtszeit Mocks wurden die Grundlagen für die Schulversuche ausgearbeitet. Für alle Schulversuche galten eine genaue Modellbeschreibung, die zahlenmäßige Beschränkung, die wissenschaftliche Begleitung, die Dauer der Versuche, deren Evaluierung und schließlich die Auswertung.

Unter Minister Leopold Gratz (1970-1971) fanden die Schulversuche ihren Niederschlag in der 4. Schulorganisationsnovelle, wobei die Schulversuche zu drei Modellen einer Gesamtschule: integrierte Gesamtschule, Orientierungsstufe, additive Gesamtschule im Mittelpunkt standen.

An 120 Standorten in ganz Österreich wurden die verschiedenen Modelle erprobt. Weder von der Pädagogik noch von der Wissenschaft konnten schließlich, nach 10 Jahren Versuchsarbeit, eindeutige Aussagen über das beste Modell getroffen werden. So war die Politik gefordert, die Versuchsarbeit abzuschließen und die neue Schulorganisationsstruktur festzulegen.

Dies geschah unter Minister Fred Sinowatz (1971-1983) durch die 7. Schulorganisationsnovelle, die ich als damaliger Schulsprecher der Volkspartei (1979-1983) mit dem Minister verhandelte.³ Es kam dabei die leistungsdifferenzierte Hauptschule in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache heraus, welche die zwei Klassenzüge in den Hauptschulen ablösen sollte. Durch Lehrplangleichheit zwischen Hauptschule und realgymnasialer Unterstufe sollte der Wechsel von der einen in die andere Schulart erleichtert werden. Die gymnasialen und realgymnasialen Langformen blieben bestehen. Die Politik entschied sich damals schließlich für mehrere Schularten im Bereich der Zehn- bis Vierzehnjährigen und verzichtete auf die Einführung der Gesamtschule. Mit der genannten No-

velle zur Schulorganisation fanden die meisten Schulversuche Eingang in das Regelschulsystem. Fred Sinowatz war fortan um den Abbau sozialer und regionaler Bildungsschranken bemüht. Dabei ist an die Schulbuchaktion, die Schülerfreifahrt und das Schülerbeihilfengesetz zu denken. Weitere Reformen bezogen sich auf die Verlängerung der Volksschullehrerausbildung auf sechs Semester, auf die Einrichtung einer Hauptschullehrerausbildung an Pädagogischen Akademien, die Erneuerung der Lehrerfortbildung an Pädagogischen und Berufspädagogischen Instituten, auf Verbesserungen in der Ausbildung von Kindergärtnerinnen an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik.

Leider gelang damals keine politische Übereinstimmung über die Etablierung der Schulversuche zu schulischen Betreuungsangeboten ins Regelschulsystem. Zwei Modelle, die zehn Jahre lang erprobt worden waren, standen zur Entscheidung an. Es handelte sich dabei um die „Ganztagsschule“ und um die „Tagesheimschule“. Erstere verpflichtete alle Schüler einer Klasse zum ganztägigen Schulbesuch, weil Unterrichtseinheiten, Lerneinheiten und Freizeiteinheiten integriert angeboten worden waren. Letztere beruhte auf freiwilliger Basis. Es meldeten sich nur Schülerinnen und Schüler an, die nachmittags, außerhalb der üblichen Unterrichtszeit für alle, beaufsichtigt, lernmäßig zusätzlich betreut und freizeitbeschäftigt werden wollten. Abgesehen von der Finanzierungsfrage, die vornehmlich die Gemeinden betraf, war für die Volkspartei nicht einzusehen, dass die Wohltat für bestimmte Schülerinnen und Schüler zur Plage für alle anderen werden sollte. Ich betonte gegenüber Minister Fred Sinowatz, dass verschobene Entscheidungen eher früher als später zu Problemen führen müssten, zumal die gesellschaftliche Entwicklung bereits damals eine Vermehrung der Nachmittagsbetreuung deutlich erkennen ließ.

Unterrichtsminister Helmut Zilk (1983-1984) ergänzte das permanente schulische Reformbemühen um die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) im Pflichtschulbereich.

Unterrichtsminister Herbert Moritz (1984-1987) setzte es sich zum Ziel, die letzten Schulversuche zur Schulreform an den berufsbildenden Schulen in das Regelschulwesen zu übertragen. Es handelte sich dabei um die Vorbereitungs- und Aufbaulehrgänge, die den Lehrlingen im dualen Bildungssystem, über Betriebslehre und Berufsschule, den Zugang zur Reifeprüfung an berufsbildenden höheren Schulen mit voller Universitätsbe-

rechtigung erleichtern sollten.

Unter Herbert Moritz wurde die leistungsdifferenzierte Hauptschule tatsächlich eingeführt. Im Vergleich zu den vorangegangenen Formen der Hauptschulorganisation, bis 1962 undifferenziert und ab 1962 klassenzügig geführt, war die neue Organisationsform ein großer Fortschritt. Die leistungsdifferenzierte Hauptschule, die vor allem in ländlichen Regionen viele Kinder mit gutem Gesamterfolg und damit mit AHS-Reife aufweist, gestattet flexible Veränderungen der Schülerschaft in den Leistungsgruppen der leistungsdifferenzierten Fächer. Dabei geht es darum, Schülerinnen und Schüler nicht in unteren Gruppen zu halten, sondern sie nach oben zu entwickeln. In den übrigen Unterrichtsgegenständen arbeitet die Hauptschule auf einem mittleren Niveau, um der heterogenen Schülerschaft gerecht zu werden. Die Hauptschule ist und bleibt die hauptsächliche Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen. Sie diskriminiert keinesfalls, denn es gibt Übertritte und vielfältige Anschlüsse in den höheren Bereich der Allgemeinbildung, in die mittleren und höheren Schulen der Berufsbildung aller Kategorien sowie in das duale Bildungssystem. Es ist völlig unsinnig zu behaupten, die Hauptschule halte Kinder von höherer Bildung fern, sie sei die Schule der späteren „Handarbeiter“, während Langformen der höheren Schulen solche der angesehenen „Kopfarbeiter“ mit hohem Einkommen seien, Schulen, über die Akademiker sich reproduzierten. Die meisten Maturanten und Akademiker rekrutieren sich schon seit geraumer Zeit über die Hauptschulen. Zudem ist es mehr als problematisch, den Bildungsstandard einer Gesellschaft lediglich über die Zahl von Maturanten und Akademikern zu definieren, und womöglich herablassend auf Menschen in Facharbeit, Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft zu blicken. Es wäre falsch, Probleme der Hauptschule zu übersehen. In städtischen Bereichen, wo Hauptschulen häufig zu „Restschulen“ mit überwiegend problematischen Schülerinnen und Schülern geworden sind, ergibt sich die dringende Notwendigkeit für spezifische Reformen. Vermerkt soll aber werden, dass die Probleme gewisser Hauptschulen nicht über die organisatorische Vereinheitlichung der Sekundarstufe 1 zu lösen sind.

Bundesministerin Hilde Hawlicek (1987-1990) konnte den letzten Schulversuch zur Schulreform nach den Festlegungen der 4.Schulorganisationsnovelle aus 1971 mit der Oberstufenreform und der Maturareform für allgemein bildende höhere Schulen abschließen.

Sie wandte ihr Augenmerk auch der Lehrerbildung zu, indem sie etwa das Probejahr für universitäre Lehramtsabsolventen in ein Unterrichtspraktikum überführte und so die immer wieder beklagten mangelnden Praxiserfahrungen der Lehrer an höheren Schulen abzubauen versuchte.

Mit der gesetzlich festgelegten Absenkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf 30 für alle Schularten ging ein lang gehegter Wunsch der Schulgemeinschaft in Erfüllung, wobei freilich aus verschiedenen Gründen Abweichungen von der Norm hingenommen werden mussten.

Ministerin Hawlicek scheute sich auch nicht, das heikle Thema „ganztägige Schulformen“ neuerdings anzufassen, wobei auffiel, dass die Termini „Ganztagssschule“ und „Tagesheimschule“ möglichst vermieden wurden. Obwohl es zu einem politischen Einvernehmen mit dem Koalitionspartner kam, die freiwillige Nachmittagsbetreuung praktisch nach dem Modell der Tagesheimschule auszuweiten, scheiterte das Bemühen just an sozialdemokratischen Familienvertretern, die den vorgesehenen Betreuungsbeitrag strikt ablehnten. Erst ihr Nachfolger Rudolf Scholten setzte sich unter dem Druck der Betreuungserfordernisse auch mit einem Elternbeitrag durch.

Hilde Hawlicek ordnete auch Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht behinderter mit nicht behinderten Kindern bis zur achten Schulstufe sowie im Polytechnischen Lehrgang an, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen erreicht werden konnten.

Minister Rudolf Scholten (1990-1994) hielt die Integration behinderter Kinder für besonders wichtig, beendete die Schulversuche und setzte deren Überführung in den Grundschulstufen des Regelschulwesens durch. Unter seiner Ministerschaft fand auch die „Schulautonomie“ Eingang in die Schulwirklichkeit. Es ging dabei darum, zentralistische Reglementierungen zu vermeiden, ohne die Einheitlichkeit des Schulwesens zu gefährden.

Nach dessen stark reformorientierter Tätigkeit als Wissenschaftsminister bereitete Erhard Busek (1994-1995) in seiner kurzen Zeit als Unterrichtsminister Gesetzesvorlagen vor, die einer Objektivierung der Besetzung von Planstellen der Lehrer dienten, ein Bemühen, das bereits in die Zeit Fred Sinowatz' zurückreichte und schließlich unter seiner Nachfolgerin realisiert werden konnte. Auch die Vorarbeiten für ein Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige fielen bereits in die Zeit Buseks.

Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler (1995- 2007) konnte in ihrer langen Zeit der Ressortverantwortung für Bildung, Wissenschaft und Kultur mehr erreichen als man ihr im öffentlichen Erscheinungsbild zuordnete. Ihr schien die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allgemeine Schulen ein wichtiges Anliegen zu sein, das sie trotz massiver Einwände durchsetzte. Damit entsprach die Ministerin auch der UN-Behindertenrechtskonvention⁴. Die Konvention sieht ein alle Vertragsstaaten bindendes „inclusive education system“ vor, über dessen Zweckmäßigkeit vor allem in der Bundesrepublik Deutschland eine Diskussion darüber entbrannte, ob es sich dabei um ein „integratives“ oder gar um ein ausschließlich „inclusives“ System handeln sollte. Völkerrechtlich verbindlich ist die englische Fassung der Konvention, wo es „inclusiv“ heißt. Mittlerweile wird in Deutschland und auch in Österreich das vorhandene Sonderschulsystem zu Recht als notwendig erachtet. Ich vertrat bereits als Schulsprecher der Volkspartei in den späteren 1970-iger Jahren den Grundsatz: soviel Integration wie möglich, soviel Separation von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wie notwendig.

Die über viele Jahre erprobten und nicht immer modellgerecht durchgeführten Schulversuche zum Schuleingangsbereich führte Elisabeth Gehrler ins Regelschulsystem über. Ab September 1999 trat die Reform des Schuleingangs in Kraft. Sie betraf die Bereiche der Aufnahme in die Grundschule sowie das Wiederholen und Überspringen von Schulstufen.

Elisabeth Gehrler ermöglichte auch die fremdsprachliche Vorschulung bereits ab der ersten Schulstufe. Sie setzte neue Akzente in der Schulautonomie. Für Bundesschulen erweiterte die Ministerin den finanziellen Rahmen für eigenverantwortliche Aktivitäten der Schulen. Sie verlieh diesen Schulen auch bestimmte Teilrechtsfähigkeiten. Der Schulgemeinschaft erlaubte Elisabeth Gehrler auch Verhaltensvereinbarungen zu beschließen, die das Zusammenleben in der Schulgemeinschaft erleichtern helfen sollten. Mit der 1997 eingeführten Berufsreifeprüfung schloss die Ministerin eine Lücke in der Durchlässigkeit des österreichischen Bildungssystems. Gehrler hielt entschlossen am bewährten differenzierten Schulwesen fest und versuchte stets zu optimieren, um auf diese Weise die Schul-, Erziehungs- und Unterrichtsqualität zu steigern. Dazu zählten die Modernisierung der Lehrpläne, die Entwicklung von Bildungsstandards zum Abschluss der vierten und der achten Schulstufe, die Begabtenförderung als

wichtige Ergänzung zum Bemühen um die bestmöglichen Hilfestellungen für Kinder mit pädagogischem Sonderbedarf.

Von Bedeutung für die Zukunft, aber auch für das Erkennen und Beachten der gesamten schulischen Entwicklung in Österreich, ist die Gründung des Bundesinstituts für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des Bildungswesens (BIFIE), gewiss eine Konsequenz aus den Ergebnissen der PISA- Studien 2001 und 2004, die Beachtung von „Innovations in Mathematics, Science and Technology“ (IMST) sowie die Initiative „Lesefit“.⁵

Mit dem Akademiestudiengesetz 1999 sollte die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pflichtschullehrer verbessert werden. In weiterer Folge wurde, wie vorgesehen, im Jahre 2006 das Hochschulgesetz beschlossen, das die rechtliche Grundlage für die pädagogischen Hochschulen ab 2007 darstellt.

Eine häufig geforderte weit reichende Maßnahme Gehrers war im Jahre 2005 die Abschaffung der notwendigen 2/3- Mehrheit für Änderungen im Schulorganisationsgesetz und im Schulunterrichtsgesetz, wodurch Reformen zügiger vorankommen sollten. Nach wie vor wäre eine Umstellung vom differenzierten Schulsystem bei den Zehn- bis Vierzehnjährigen auf ein Gesamtschulsystem eine 2/3- Materie. Als zusätzliche Verfassungsbestimmung vereinbarte der Nationalrat eine „angemessene weitere Differenzierung“ innerhalb der Sekundarschulen. Schulische Grundfragen (Aufgaben der Schule), die Schule als öffentliche Aufgabe, das Verhältnis von Schule und Kirchen, die Schulgeldfreiheit sowie die Schulpflicht und die Berufsschulpflicht müssen weiterhin auf einer breiten gesellschaftlichen Übereinstimmung beruhen und dürfen nicht bloß einfachen Mehrheiten ausgeliefert werden. Zum ändern wäre es nicht länger sinnvoll gewesen, das gesamte Organisations- und Unterrichtsrecht als 2/3-Materie handhaben zu müssen.

Im Zusammenhang mit notwendigen Budgetkonsolidierungen der Regierungen unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel geriet Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler, die immer verlässlich und konsequent auch ihre Rolle in der Gesamtverantwortung eines Regierungsmitgliedes zu beachten wusste, durch die Pflichtstundenreduktionen in den Hauptschulen und in höheren Schulen in große Bedrängnis und erfuhr heftige Kritik seitens der Elternorganisationen und der AHS- Lehrgewerkschaft. Zudem wur-

de sie für die ungünstigen Ergebnisse der PISA- Studien politisch verantwortlich gemacht. Diese wurden von der Opposition auch als Beweis für die „unzeitgemäße“ Schulorganisation Österreichs im Bereich der Sekundarstufe 1 herangezogen, was sachlich unbegründet ist, zumal es der Studie um vergleichende Schülerleistungen und nicht um Systemvergleiche geht. Bereits im Jahre 2006 erfuhren die PISA- Studien vor allem in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Kritik von wissenschaftlicher Seite.⁶ Der Bildungsbegriff von PISA orientiert sich an der Ausstattung mit „Kompetenzen“, also an „Ausbildung“ (lesen, mathematisch-technisches und naturwissenschaftliches Wissen und Können) und weniger an einer umfassenden „Bildung“ der Kinder in den musischen, kreativen, bildnerischen, sprachlichen, literarischen, historischen, geografischen, sportlichen philosophisch-ethischen und religiösen Fächern. Bildung stellt auf die zur Persönlichkeit zu entwickelnde Person ab, Kompetenzen bezeichnen das, was eine Person erlernt hat, um bestimmte Aufgaben in bestimmten Situationen und Verwendungen lösen zu können. Zudem verlangt der Zielparagraph (§2) des Schulorganisationsgesetzes schlechterdings von der österreichischen Schule, von allen Schularten, an der „Entwicklung der Anlagen der Jugend nach sittlichen, religiösen und sozialen Wertem sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken“.⁷

Zusammenfassend sollten die bisherigen Ausführungen klarstellen, dass die schulische Entwicklung in Österreich seit 1945 ein ständiger Auf-, Ausbau- und Reformvorgang war. Die christdemokratischen Unterrichtsminister Felix Hurdes (1945-1952), Ernst Kolb (1952-1954) und besonders Heinrich Drimmel (1954-1964) konnten in rund zwei Jahrzehnten in Partnerschaft mit den Sozialisten die ursprünglichen schulrechtlichen Provisorien zur rechtlichen Neuordnung des Schulwesens in Österreich im Jahre 1962 führen.

Fortan von 1964 bis 2007 entwickelten drei christdemokratische und sechs sozialdemokratische Unterrichtsminister/innen jeweils im Zusammenwirken der großen Fraktionen im Nationalrat die oben ausgeführten Reformen. Deren kurze Darstellung sollte als Beweis gegen den immer wieder vorgebrachten „Stillstand“ und „Reformstau“ dienen.

Die Schulversuche sind seit 1971 zum unverzichtbaren Bestandteil des

schulischen Fortschrittes geworden. Sie bedürfen aber einer sorgfältigen Handhabung. Die zahlenmäßige Begrenzung von Schulversuchen ist erforderlich, um gegenüber entstehenden Realitäten, die politisch nicht mehr rückgängig zu machen wären, gefeit zu sein. Aktuell wird um die Ausweitung bestimmter Schulversuche (Neue Mittelschule) heftig gerungen, weil dieser Schulversuch als ein „Zwischenschritt“ für die Einführung der Gesamtschule gesehen wird, für den gesetzlich festgelegte zahlenmäßige Beschränkungen offenbar ein Hindernis darstellen.⁸ Das schulische Reformbemühen der Zweiten Republik orientierte sich an wichtigen bildungspolitischen Zielen. Ein großes Anliegen für die schulische Organisation war deren Vielfalt und Durchlässigkeit, verbunden mit vertikalen und horizontalen Anschlüssen. Es sollte keine Sackgassen der Bildung geben, keine unumkehrbaren Festlegungen bei Bildungslaufbahnscheidungen.

Bildung sollte sozial offen sein, wofür vielfältige Hilfen eingerichtet worden sind.

Das „Unternehmen Schule“ sollte bestmöglich mit motivierten Lehrpersonen ausgestattet sein.

Man wird allen Unterrichtsministern und –ministerinnen der Zweiten Republik engagiertes Handeln bescheinigen dürfen, wobei sich zeigt, dass lange Gestaltungszeiten wie bei Heinrich Drimmel, Fred Sinowatz und Elisabeth Gehrler besonders ergiebig waren und nachhaltige Wirkungen zeigen.

Der Aufbau der österreichischen Schule nach dem Zweiten Weltkrieg ist gleichermaßen das Verdienst von Christdemokraten und Sozialdemokraten. Andere Parteien beteiligten sich vergleichsweise viel weniger an Schulfragen. Das brachte es auch mit sich, dass in schulischen Personalfragen die gestaltenden Parteien sich wechselseitig ihre Wünsche erfüllten. Dabei spielten die Lehrervereine und die Gewerkschaften eine beachtliche Rolle.

Am wenigsten veränderte sich während der letzten Jahrzehnte die aufgeblähte österreichische Schulverwaltung. Diese im Zuge einer längst fälligen Verwaltungsreform zu vereinfachen und kostengünstiger zu gestalten, sollte ein wichtiges Vorhaben der Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern sein. Die Verteilung der Zuständigkeiten in schulischen Angelegenheiten erfuhr 1962 eine Regelung, die während der Ersten Re-

publik nicht gelang. Der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt vertrat damals eine stark föderalistische Ausrichtung, wonach Kultur und Schule zur Gänze Ländersache sein sollten. Das Unterrichtsministerium wollte eine zentralistische Lösung, wozu es schließlich auch kam.

Um aber trotz der ausgeprägt zentralistisch normierten Kompetenzregelung und Verwaltung den Ländern eine entsprechende Einflussnahme im Schulwesen zu sichern, entschied man sich statt einer mittelbaren Bundesverwaltung durch Landesdienststellen für eigene Bundesdienststellen in den Ländern, Landesschulräte und Bezirksschulräte, wobei an der Spitze des Landesschulrates der Landeshauptmann als Präsident fungieren sollte, meistens von einem Amtsführenden Präsidenten vertreten. Damit war der Minister gegenüber dem Präsidenten des Landesschulrates in einer schwächeren Rolle als er es gegenüber einem Beamten an der Spitze dieser Bundesbehörde gewesen wäre. Die Landesschulräte bestehen aus dem Präsidenten, dem Amt des Landesschulrates und den kollegialen Schulbehörden des Bundes auf Landesebene und auf den Bezirksebenen. Die Länder unterhalten eigene Schulabteilungen ebenfalls auf Landesebene wie auf den Bezirksebenen. Bundesbeamte und Landesbeamte vertreten nicht selten recht unterschiedliche Positionen in pädagogischen oder in rechtlichen Fragen. Die Schule ist ein pädagogischer Ort zuerst, aber sie ist kein rechtsfreier Raum. Das Schulrecht soll im Interesse der Pädagogik (des Kindes) maximal genützt, aber nicht überschritten werden.

Nunmehr ist es aber an der Zeit, solche Konstruktionen zu beseitigen und statt der Doppelverwaltungen ausschließlich Landesverwaltungen vorzusehen, das Inspektionswesen zu straffen, die kollegialen Schulbehörden des Bundes durch verkleinerte Räte der Schulpartnerschaft zu ersetzen und den Schulen autonome Rechte einzuräumen, die auch im Management und in der Menschenführung befähigte Schulleiterinnen und Schulleiter wahrzunehmen hätten. Das schulische pädagogische und administrative Management sollte über Anstellungen, Entlassungen, Personalentwicklung, Unterrichts- und Betreuungskontrolle entscheidend mitzuwirken haben. Schulen sollten besser als derzeit ihr Profil entwickeln können, aber sich eindeutig im Rahmen der Schulorganisation mit ihren definierten Schular ten und deren Zielsetzungen bewegen müssen.

Die aktuelle schulische Bildungsdiskussion erfuhr ihre Akzentuierung aus der Oppositionszeit der Sozialdemokraten während der Regierungen

Wolfgang Schüssels in den Jahren 2000-2007. Die Strategie der Sozialdemokraten bestand darin, Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler für einen behaupteten Notstand in der Bildungspolitik verantwortlich zu machen und erlösende Alternativen zu propagieren, die man als „integrierte Ganztagsgesamtschul-Ideologie“ zusammenfassen könnte. Freilich vermied man Namen wie Gesamtschule oder Ganztagschule zugunsten besser klingender Bezeichnungen wie: „Gemeinschaftsschule“, „Neue Mittelschule“, „Tagesbetreuung Neu“. Dazu Claudia Schmied: „Tagesbetreuung Neu ist eine Form der Ganztagschule. Der Besuch ist freiwillig. Der Unterricht findet nur an Vormittagen statt, am Nachmittag gibt es Hausübungs- und Förderstunden und Sport. Beaufsichtigt werden die Kinder von Lehrern“⁹.

Das ist genau das Modell einer „Tagesheimschule“, welche die Volkspartei schon vor Jahrzehnten durchzusetzen versuchte. Nunmehr können, von Elisabeth Gehrler veranlasst, öffentliche allgemein bildende Pflichtschulen als ganztägige Schulformen (Schulen mit Tagesbetreuung) geführt werden. Definierte Beschlusserfordernisse ermöglichen Schülergruppen mit getrennter Abfolge von Unterricht und Tagesbetreuung (offene Schule) bzw. Klassen mit einer verschränkten Form von Unterricht und Tagesbetreuung. Offene Schulen gestatten es den Eltern auch, ihre Kinder nur tageweise für die Betreuung anzumelden.¹⁰ Walter Strobl, Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates, verweist darauf, dass die deutliche Mehrheit der Eltern mit Kindern in ganztägigen Schulformen sich bisher für das Modell der offenen Schule entschieden hat.¹¹ Für die Bundesregierung gelten als Richtwerte für die „Tagesbetreuung Neu“ bis 2013 120.000 Plätze mit einem Erfordernis von 75 Millionen Euro. Das Unterrichtsministerium gab im Oktober 2009 den damaligen Stand von 91.426 Plätzen bekannt. Claudia Schmied vertrat gegen Jahresende 2009 einen notwendigen Zielwert von 400.000 Plätzen bis 2013 und forderte vom Finanzminister zusätzliche 411 Millionen Euro.

Der in dieser Frage offene Finanzminister verlangte exakte Zahlen und bestand auf einer Bedarfserhebung.

Den öffentlichen Haushalten des Bundes (Lehrerkosten), der Länder (Mithilfe an schulischen Bauprogrammen) und der Gemeinden (betreuungs-gerechte Infrastruktur für Lehrer und Schüler) entstehen durch die Tagesbetreuung enorme Kosten, die nicht während weniger Jahre sondern nur

über eine längere, kontinuierliche Ausbauphase bewältigt werden können. Bei der im November bis 18. Dezember 2009 vom Unterrichtsministerium und den Elternvertretungen organisierten Befragungen der Eltern schulpflichtiger Kinder bis zur achten Schulstufe zum Thema „ganztägige Schulangebote“ wurde allen Eltern, „die für ihr Kind ein qualitativvolles, ganztägliches Schulangebot mit Förderung, Kreativität, Sport und Bewegung in Anspruch nehmen wollen“ noch in dieser Legislaturperiode die Möglichkeit dazu versprochen.¹²

143.716 Eltern haben an dieser Befragung teilgenommen, das sind 20 Prozent der eingeladenen Eltern. 17 Prozent der Befragten nehmen bereits heute ein ganztägliches Schulangebot in Anspruch, das sind rund 120.000 Plätze.

Der neu errechnete Bedarf wird mit 350.000 Plätzen angegeben. Das Angebot sollte auch ein Mittagessen beinhalten. Im Rahmen einer hochwertigen Betreuung wären die Eltern bereit, einen Kostenbeitrag für das Mittagessen zu bezahlen.

Ohne unterstellen zu wollen, muss angemerkt werden, dass die Sozialdemokraten letztlich nur eine Ganztagschule wünschen, die für alle Kinder verpflichtend ist. Gleichheitsdenken erschwert offenbar unterschiedliche, pragmatische Lösungen, denen man sich vorübergehend nur unter dem Zwang der Ressourcen und mangelnder Mehrheiten beugt.

Bei den Betreuungsangeboten im Pflichtschulbereich handelt es sich um ein unverzichtbares Reformelement. Die Lehrkräfte im Pflichtschulbereich sollten es sich nicht nehmen lassen, an all' dem erstverantwortlich mitzuwirken, was offene und integrierte schulische Betreuung der Kinder ausmacht. Hier können wertvolle Rückschlüsse auf den eigenen und den Unterricht an der Schule insgesamt gezogen werden, hier kann dem schulischen Erziehungsauftrag zusätzlich entsprochen werden, hier kann der pädagogische Eros an jenen Schülerinnen und Schülern hochherzig zum Einsatz kommen, die solcher Hilfen bedürfen, weil personale oder soziale Defizite bestehen. Betreuungseinsatz darf nicht als Last, sondern soll als pädagogische Herausforderung und Bewährung empfunden werden. Über schulische Betreuungsangebote entsteht zusätzlicher Verwendungsbedarf für Lehrkräfte des Pflichtschulbereiches. Das sollte vor allem die Lehrer-gewerkschaft erkennen und flexibel neue Chancen ergreifen. Die Diskussion um die Lehrverpflichtung der Pflichtschullehrer und der Lehrer an

den Unterstufen höherer Schulen muss in andere Bahnen der Beurteilung gelenkt werden. Vielfach setzt die Öffentlichkeit die Lehrverpflichtung der Lehrer/innen mit deren Arbeitszeit gleich. Die wöchentliche Arbeitszeit der Lehrer/innen besteht aus der Lehrverpflichtung, die vernünftig und bewährt geregelt ist, und jenen Arbeitsteilen, die Vorbereitung, Nachbereitung, Weiterbildung, administrative Dienste, Verpflichtungen in der Schulpartnerschaft, Beratungen und ähnliches mehr umfassen. Es ist vertretbar und vom Dienstgeber auch einforderbar, noch schulartspezifisch näher zu verhandelnde Zeiteinheiten für die Betreuung in die wöchentliche Arbeitszeit der Lehrkräfte außerhalb der Lehrverpflichtung ohne Entgelt einzufügen und darüber hinaus geleistete Betreuungsstunden zu entlohnen.

Über ausreichende Betreuungsangebote an Pflichtschulen ließe sich auch das Ausmaß der Nachhilfestunden deutlich verringern.

Wenn Lehrkräfte künftig immer mehr ihre Arbeitszeit in der Schule verbringen müssen, so setzt das entsprechende Investitionen in zeitgemäße Erfordernisse für den Lehr- und Lernbetrieb, für die Freizeitaktivitäten der Schülerinnen und Schüler und für die Arbeiterfordernisse der Lehrkräfte voraus.

Nach dem großen Vertrauensschwund zwischen Ministerin Claudia Schmied und der Lehrerschaft bleibt zu hoffen, dass ihre „Dialogreise“, die eine Kultur der Wertschätzung zwischen Lehrern und Ministerin aufbauen soll, erfolgreich wird, sodass künftige Verhandlungen zwischen einer erstarkten Lehrgewerkschaft und der Ressortleiterin mit Ergebnissen abgeschlossen werden können. Vor allem die politisch motivierte Kritik an den Lehrern und Lehrerinnen, deren Bildungs- und Erziehungsarbeit in einer Zeit, wo Eltern und Erziehungsberechtigte oft kaum mit dem einen, eigenen Kind zu Rande kommen, führte zu Frustrationen.

Lehrkräfte verdienen Beachtung, Anerkennung und Ermunterung und nicht die Stigmatisierung als Minderbeschäftigte, denen man die Ferien missgönnt. Lehrer/innen müssen aber dann in concreto wirksam kritisiert werden, wenn sie ihren fachlichen, methodischen, didaktischen und erzieherischen Aufgaben nicht entsprechen. Davor sollten Eltern nicht zurückscheuen und keine Nachteile für das Kind befürchten.

Der österreichischen schulischen Bildungspolitik fehlt ein Gesamtkonzept. Sie begnügt sich mit Einzelvorschlägen, die Schlagzeilen liefern und star-

ken Reformwillen vorgeben. Die einzelnen Reformelemente mögen durchaus ihre Bedeutung haben, losgelöst von einem Gesamtkonzept gewinnen sie aber eher das Odium des Chaotischen. Es ist nicht nötig, das bewährte schulische Bildungssystem auf den Kopf zu stellen, oder es revolutionär zu verändern. Nach fünf Jahrzehnten, die seit der grundlegenden Schulreform von 1962 vergangen sind, ginge es um die sichtende Optimierung dessen, was auf- uns ausgebaut worden ist. Wir brauchen unter diesem Gesichtspunkt eine schulische Bildungsreform, die anhand der gegebenen gesetzlichen Regelungen und pädagogischen Erfahrungen wie auch der gesellschaftlichen Bedürfnisse die Frage stellt, was an Gutem erhalten werden und an Überholtem abgebaut oder an Neuem hinzugefügt werden muss. Es wird doch wohl möglich sein, nach den genannten Gesichtspunkten Schulverwaltung, Schulaufsicht, Schulorganisation, Schulerhaltung, Schulzeit, Schulunterricht, soziale Maßnahmen für Schüler/innen, Schuldemokratie und Lehrerbildung zu überprüfen und ein schulpolitisches Gesamtkonzept zu erstellen. Dieses gehörte mit schulischen Fachleuten, mit den Vertretungen der erstrangig betroffenen Eltern und Schüler, mit der einschlägigen Wissenschaft, mit den schulischen Rechtsträgern, mit den relevanten gesellschaftlichen Kräften erstellt, bzw. abgestimmt, politisch verhandelt, beschlossen und Zug um Zug umgesetzt. So könnte jedes Reformelement seinen Platz in der Gesamtreform einnehmen. Dass dies aktuell nicht geschieht, beweisen etwa die angekündigten Vorstellungen einer neuen Lehrerbildung ohne Klärung der künftigen Struktur der Sekundarstufe 1 im Pflichtschulbereich. Womit wir beim Lieblingsthema der aktuellen Schulpolitik angelangt sind: der Gesamtschule.

Dieses umfangreiche Thema kann im Rahmen von „Anmerkungen“ zur schulischen Bildungsdiskussion in Österreich nicht behandelt werden. Die bis dato jüngste österreichische Publikation über die Gesamtschule stammt von einem leidenschaftlichen Anhänger dieser Schulart und erforderte deswegen notwendige Erwidern, um der Thematik sachgerecht entsprechen zu können.¹³

Ich will lediglich drei Punkte zur Gesamtschule herausheben, die in der Diskussion verschwiegen oder bewusst nicht thematisiert werden: Das mit einer allfälligen Einführung der Gesamtschule verbundene Ende gymnasialer und realgymnasialer Schularten; der als Gesamtschulversuch angepriesene Schulversuch „Neue Mittelschule“; und die vermutlich künftige

Organisationsstruktur eines dreifachen Angebotes an Schularten für die Zehn- bis Vierzehnjährigen.

Das „Gymnasium“ hat im österreichischen Schulwesen eine lange Tradition.

Über die Abfolge von zwei Zyklen in den Realienfächern sollte in der Unterstufe Grundlegendes und in der Oberstufe Vertieftes an Allgemeinbildung erreicht werden. Damals wie heute gab es auch Ausstiege nach der vierten Gymnasialklasse und Übertritte in andere Schularten, vornehmlich in solche der Berufsbildung.

Nach Gründung der Ersten Republik forderten die Sozialdemokraten aus Gründen einer vermeintlichen Chancengleichheit die Einrichtung einer „Allgemeinen Mittelschule“ unter Einbeziehung der Volksschuloberstufe, der Bürgerschule und der Unterstufen der Mittelschulen, damals Gymnasium, Realgymnasium, Realschule und Mädchenlyceum. Der schulpolitische Kompromiss des Jahres 1927 sah dann eine Hauptschule (auch mit zwei Klassenzügen) vor, die Unterstufen der verschiedenen Mittelschulen blieben erhalten. Die große Schulreform von 1962 baute auf dieser Grundlage weiter und schuf die heutige, bewährte Struktur der Schulorganisation in der Sekundarstufe 1. Seit der Oberstufenreform der AHS durch die 11. Schulorganisationsnovelle im Jahre 1988 verringerte sich die Zahl der Langformen von sechs auf drei Grundtypen. Das Gymnasium betont besonders die Fremdsprachen, ab der dritten Klasse wird Latein gelehrt und ab der fünften Klasse wird Griechisch oder eine zweite lebende Fremdsprache gewählt. Das Realgymnasium legt Wert auf Naturwissenschaften und Mathematik. Ab der fünften Klasse wird ein zweite lebende Fremdsprache oder Latein unterrichtet. Das Wirtschaftskundliche Realgymnasium kennt Ausbildungsschwerpunkte auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet. Ab der fünften Klasse wird wahlweise Latein oder eine zweite lebende Fremdsprache angeboten, es gibt den Gegenstand „Haushaltsökonomie und Ernährung“, ebenso wie ergänzenden Unterricht in Geographie und Wirtschaftkunde, Biologie und Umweltkunde sowie Psychologie und Philosophie (mit Praktikum). Das Schulorganisationsgesetz weist den allgemein bildenden höheren Schulen die Aufgabe zu, den Schülerinnen und Schülern eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung über alle Unterrichtsgegenstände und über einen Zeitraum von acht Schulstufen zu vermitteln.

Der unverzichtbare Wert der drei Langformen ergibt sich auch aus der Tatsache, dass sie durchgehend von der ersten bis zur achten Klasse in allen Unterrichtsgegenständen auf einem ersten Niveau arbeiten, was durch möglichst homogene Schülergruppen zu erreichen ist. Keine andere Schulart der Allgemeinbildung kann dies besser leisten. Es liegt sowohl im persönlichen als auch im eminenten Gesellschaftsinteresse, dass es diese Schularten gibt. Sie sind als erstrangige Bildungsstätten für den akademischen Nachwuchs unentbehrlich, ohne natürlich zu behaupten, dass sich wissenschaftliche, technische, künstlerische, wirtschaftliche, und andere Spitzenleistungen nur über diesen Bildungsweg ergeben können. Wenn wir aber hierzulande auf Eliten Wert legen, dann dürfen wir die Langformen nicht abschaffen. Langformen sind längst sozial offen. Tatsache ist, dass bildungsnahen Schichten ihre Kinder bevorzugt in Langformen schicken. Sollten Langformen deswegen abgeschafft werden? Wäre es nicht besser, bildungsferne Schichten vom hohen Gut einer umfassenden Bildung zu überzeugen. Dies könnte etwa ab der Volksschule in der Schulgemeinschaft über regelmäßige „Bildungsgespräche“ und über laufende, das einzelne Kind in seiner Entwicklung begleitende Lehrer/ Elterngespräche erfolgen. Auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung, mittlerweile flächendeckend vorhanden, sollten gezielt und vermehrt Angebote zum Abbau von Bildungsferne anbieten.

Die Lehrer an höheren Schulen sind akademisch gebildet, fachlich in aller Regel sehr gut, ihre methodischen, didaktischen, pädagogischen und psychologischen Qualitäten werden vereinzelt beklagt, was gezielte Reformen abstellen könnten.

Die Langformen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit bei Eltern, Erziehungsberechtigten und Kindern. Dem Zahlenspiegel 2008 sind aufschlussreiche Zahlen zu entnehmen.¹⁴

So besuchten im Schuljahr 2008/09 in 270 Schulen 177.364 Schülerinnen und Schüler Langformen allgemein bildender höherer Schulen, 117.656 in der Unterstufe und 59.708 in der Oberstufe. Im gleichen Schuljahr besuchten 249.703 Schülerinnen und Schüler Hauptschulen in 1163 Schulen. Der Prozentsatz der Kinder in den AHS- Unterstufen nahm im österreichischen Durchschnitt zwischen 18,9 % im Jahre 1975 auf 30,8 % im Jahre 2001 zu; nunmehr sind über 32 %. Der an den Unterstufen der AHS deswegen vorhandene Platzmangel spiegelt sich auch in den durch-

schnittlichen Klassenschülerzahlen wider: 2008/09 saßen 22,2 Kinder in Hauptschulklassen, 26,7 Kinder in Unterstufenklassen. Die Schulpolitik verweigert oder verzögert dennoch Neugründungen von Langformen und zeigt sich gegenüber der stets steigenden Nachfrage unbeeindruckt. Sie müsste schon längst erkannt haben, dass die Abschaffung der Langformen realpolitisch nicht möglich und gesellschaftlich nicht vertretbar ist.

Die Regelungen für den Übertritt von der Volksschule ins Gymnasium müssen gewiss verbessert werden. Nach der Abschaffung der Aufnahmeprüfung im Jahre 1971 erfordert nunmehr die Aufnahme von der Volksschule in die AHS nicht nur den positiven Volksschulabschluss, sondern zusätzlich die Beurteilung mit „sehr gut“ oder „gut“ in den Unterrichtsgegenständen „Deutsch“, „Lesen“ und „Mathematik“ auf der vierten Schulstufe der Volksschule. Die Schulkonferenz der Volksschule kann auch bei anzunehmender „Erfolgswahrscheinlichkeit“ trotz „befriedigend“ in den genannten Gegenständen die Aufnahmevoraussetzung feststellen.

Nun sind Noten bekanntlich ein Problem. Hiezu gibt es zahlreiche Untersuchungen, die in aller Regel die Ungerechtigkeit des Notensystems belegen, aber keine wirklichen Alternativen anbieten.¹⁵ Derzeit werden die „verbale Beurteilung“, „die lernzielorientierte Beurteilung“ und die „kommentierte direkte Leistungsvorlage“ in Schulversuchen vor allem in Niederösterreich erprobt. Der grüne Bildungssprecher Harald Walser möchte das Übertrittsproblem dadurch lösen, dass die Unterstufe der AHS abgeschafft wird.¹⁶

Was nun? Für die Leiterin des BIFIE- Zentrums Wien, Gabriele Friedl-Lucyshyn zeichnen sich in der österreichischen Schulbildung zwei Entwicklungen ab: jene zu standardisierten Verfahren und jene zum kompetenzorientierten Unterricht mit einheitlichen Bildungsstandards. Bildungsstandards legen fest, welche beobachtbaren und messbaren Lernergebnisse am Ende der vierten und achten Schulstufe verfügbar sein sollen. Die Lernergebnisse betreffen Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, die für den weiteren Lernfortschritt im jeweiligen Fach unerlässlich sind. Die 2009 gesetzlich verankerten und bereits von Elisabeth Gehrler veranlassten Bildungsstandards beziehen sich auf den Kernbereich der Lehrpläne und präzisieren den Bildungsauftrag der Lehrer. Ich vertrete die Auffassung, dass die Übertrittsproblematik von der Volksschule in die Unterstufe der AHS gerecht bewältigbar ist. So könnte es in Zukunft heißen:

Volksschulkinder, die am Ende der vierten Klasse die Bildungsstandards vollständig erfüllen, erwerben die Voraussetzungen für alle Schularten der Sekundarstufe 1. Diese Feststellung müsste von der Schulkonferenz über Antrag der Klassenlehrkraft getroffen werden. Eine solche Bewertung stellte nicht auf die vorhin erwähnten konkreten Noten ab, wäre nicht diskriminierend, müsste aber dennoch auch überprüfbar gestellt sein.

Immer wieder gegen das gegliederte Schulsystem geltend gemachte Nachteile wie zu frühe Selektion, soziale Auslese, Ausgrenzung von Schülern, Leistungsdruck und dergleichen halten einer kritischen Prüfung nicht stand. Einen „bemerkenswerten Beitrag“ zur Gesamtschuldiskussion lieferte jüngst Christoph Badelt, ehemaliger Vorsitzender der Rektorenkonferenz und Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien, der allen Ernstes den Wechsel im Wissenschaftsministerium für einen „echten Deal“ zu nützen vorschlug: Die SPÖ sollte der Wiedereinführung der Studiengebühren und den Zugangsregeln im Universitätsbereich zustimmen, im Gegenzug sollte die ÖVP die Gesamtschule akzeptieren. Der Sinn, dass schon unter Vierzehnjährige zwischen Hauptschule und Gymnasium wählen, sei „wissenschaftlich nicht haltbar“. Eine Gesamtschule sei allerdings nur dann vernünftig, wenn auch ein echter finanzieller Aufwand für Leistungsgruppen und Förderung betrieben werde.¹⁷ Christoph Badelt dürfte „wissenschaftlich“ übersehen haben, dass die Gesamtschule keine ständigen Leistungsgruppen kennt und eine schulische Organisationsform darstellt, die alle Schüler und Schülerinnen, auch solche mit sonderpädagogischem Förderbedarf, umfasst.

Der zweite Punkt betrifft den Schulversuch Neue Mittelschule. Da es sich bei diesem Schulversuch um kein einheitliches Modell handelt, sondern um verschiedene Ausprägungen in den einzelnen Bundesländern, ist die spätere Evaluierung und eine definierte allfällige Übernahme in das Regelschulsystem erschwert. Mittlerweile bewerben sich immer mehr Hauptschulen um diesen Schulversuch, der pro geführter Modellklasse 6 Wochenstunden zusätzlich zur Verfügung stellt. Das hat die Vorarlberger dazu bewogen, so gut wie alle Hauptschulen des Landes als Modellschulen für die Neue Mittelschule einzurichten, ohne politisch Gesamtschulen anzustreben. Der Vorschlag von Oberösterreich, Schulversuche mit Hauptschulen als Vergleichschulen zu Neuen Mittelschulen einzurichten und diese Versuchs-Hauptschulen auch zusätzlich mit 6 Wochenstunden

auszustatten, wurde von Claudia Schmied abgelehnt. Es geht eben schließlich um die Gesamtschule, die jeweils die gesamte Schülerschaft eines Altersjahrganges umfasst. Das ist gewiss auch der Grund dafür, dass sich die Professorenschaft der Langformen nicht am Schulversuch beteiligt. In Salzburg kooperieren die Neuen Mittelschulen daher notgedrungen mit berufsbildenden höheren Schulen und mit zwei Oberstufenrealgymnasien sowie mit einer Anstalt für Kindergartenpädagogik, also mit einer Lehrerschaft, die nicht Zehn- bis Vierzehnjährige unterrichtet.

Der Besuch einer Neuen Mittelschule setzt lediglich den positiven Abschluss der vierten Volksschulstufe voraus. Sie integriert auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf der absolvierten vierten Stufe. Der Schulversuch bringt es aber nicht zustande, dass alle Kinder des jeweiligen Alters- und Einzugsbereiches diese Modellschule besuchen, sodass kein echter Gesamtschulversuch stattfindet. Rupert Vierlinger beklagt, „dass der Begriff Gesamtschule für entgegengesetzte Modellvorstellungen erhalten muss“¹⁸.

Der Umgang mit Heterogenität gilt als zentrale Herausforderung des Modellversuchs. Es werden Maßnahmen der inneren und höchstens zeitweise der äußeren Differenzierung (Leistungsgruppen) angewandt, um individuell zu fördern. Wahlpflichtfächer gibt es ab der siebten Stufe als zusätzliche und vertiefende Angebote, obligatorisch ist die Teamarbeit der Lehrerschaft. Die konkrete Umsetzung erfolgt schulautonom. Bestimmende Faktoren des Unterrichts sind Individualisierung und Differenzierung. Aus der Sicht meiner langjährigen Erfahrung als Lehrer und Erzieher an Pflichtschulen wie an allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, in der Lehrerbildung für Pflichtschullehrer und für Lehrer an höheren Schulen, kann diesen hehren Zielen in einem total integrierten Organisationssystem bei weitem nicht so gut entsprochen werden wie im gegliederten, schulartspezifischen System der Sekundarstufe I. Es kann nicht bestritten werden, dass jedes Kind in seinen Anlagen und umweltbedingten Faktoren „anders“ ist, die öffentliche Schule aber nicht in der Lage sein kann, jedem Kind gleichsam über einen „individualisierenden und differenzierenden Privatlehrer“ zu entsprechen. Die faszinierenden Individuen der Schüler/innen müssen wohl oder übel „homogenisiert“ werden, um sie bestmöglich zu fördern. Dies geschieht bisher und bewährt in der Vielfalt verschiedener Schularten. Die Weiterentwicklung unseres

nationalen Schulsystems darf nicht einer massiv beanspruchten Deutungshoheit der auch hinter PISA stehenden „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) ausgeliefert werden, der es scheinbar auf die globale Standardisierung der Bildungssysteme mit dem Paradigmenwechsel von umfassender Bildung zu bloßer Ausbildung ankommt.

Kein ernsthafter Praktiker wird bestreiten, dass es im Insgesamt der Schülerschaft die Überdurchschnittlichen, die Durchschnittlichen, die Unterdurchschnittlichen und solche mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt. Sie alle schulartspezifisch bestmöglich nach oben zu entwickeln gehört zum Ethos des Lehrers; dem hat er mit Liebe, Geduld und Vertrauen zu entsprechen. Die beste Individualisierung ist die Liebe zum Kind, der pädagogische Eros, der das Kind nicht nur als Schulkind sieht, sondern in seiner oft beklagenswerten Gesamtsituation, die Zuwendung und Hilfe erfordert. Deshalb gehört auch die Lehrerschaft in das offene oder verschränkte schulische Betreuungssystem eingefügt. Wer das nicht will und kann, sollte den Lehrberuf nicht ergreifen; der ist nämlich kein Job, sondern eine auf Liebe zum Kind gegründete Berufung. Darin besteht für mich das Erbe meines Lehrers Matthias Laireiter, dessen ich mich zu seinem hundertsten Geburtstag dankbar erinnere.



*Landeshauptmann
Dr. Hans
Katschthaler
bei der
Überreichung
eines
Ehrenbeckers an
Matthias Laireiter in
dessen
Todesjahr 1990*

Es ist dennoch zu hoffen, dass dieser Schulversuch pädagogische Innovationen bringt, die dazu dienen könnten, die Hauptschulen ist städtischen

Bereichen zu erneuern. Als alleiniges, gesamtschulisches Angebot für Zehn- bis Vierzehnjährige kann die Konstruktion der Neuen Mittelschule keinesfalls ausreichen. Sie würde mehr zerstören (Langformen) als sie zu erneuern imstande ist.

Damit kann mein vorgesehener dritter Punkt kurz gefasst werden: Angesichts dessen, dass die Langformen allgemein bildender höherer Schulen realpolitisch nicht abgeschafft werden können, die leistungsdifferenzierten Hauptschulen durchwegs gut funktionieren, alle Bildungswege offen halten und demnach keine Sackgasse darstellen, kann sich die Neue Mittelschule, dann wohl kürzer und besser „Mittelschule“ genannt, als drittes Angebot der Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen etablieren und vor allem eine Mitte zwischen Langformen und Hauptschulen einnehmen.

Die Vielfalt im schulischen Angebot ist beste österreichische Tradition. Die Schule gilt es umfassend reformatorisch zu optimieren, nicht zu ruinieren. Dazu ist es notwendig, an die Stelle der flüchtigen Schlagzeile die anhaltende Tatkraft zu setzen. Das wäre die lohnende, herausfordernde Aufgabe einer verantwortungsvollen schulischen Bildungspolitik.

Anmerkungen

¹ Felix Jonak: 40 Jahre Entwicklung des Schulrechts in Österreich-Erinnerungen und Ausblicke. In: Die österreichische höhere Schule, Organ des VCL, 3u.4/99, Wien 1999

² Erster und Zweiter Zwischenbericht der ExpertInnenkommission des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, Internet

³ Hans Katschthaler: Bildungspolitik in Österreich 1979-1983. Bericht des Schulsprechers der Volkspartei, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 83, Wien 1984

⁴ Art. 24 –Bildung- UN-Behindertenrechtskonvention, beschlossen von der UN-Generalversammlung am 13.12.2006

⁵ PISA 2003 Internationaler Vergleich von Schülerleistungen, Günter Haider, Claudia Reiter (Hg.), nationaler Bericht Mathematik, Lese-Kompetenz, Naturwissenschaft, Problemlösen, österreichisches Projektzentrum für vergleichende Bildungsforschung, Graz 2004

⁶ PISA selber doof? N-tv.de Forum Bildung, 10.11.2006

⁷ Schulorganisationsgesetz, a.a.O. (3), §2

⁸ Interview mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Die Presse, 23.1.2010, Thema des Tages, S.3

⁹ Claudia Schmied, Die Presse, 14.10.2009

¹⁰ Schulorganisationsgesetz, § 8d

¹¹ Walter Strobl, Leserbriefe (Irreführende Frage), Die Presse, 4.2.2010

¹² Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Elternbefragung zu ganztägigen Schulangeboten, www.elternbefragung.at

¹³ Rupert Vierlinger: Steckbrief Gesamtschule, Wien, Köln, Weimar 2009

¹⁴ Zahlenspiegel 2008, Statistiken im Bereich Schule und Erwachsenenbildung in Österreich, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Wien 2008, (Redaktionsschluss 30.11.2008).

¹⁵ Ferdinand Eder und Josef Thonhauser: Bildungsaspirationen, Noten und Berechtigungen am Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe 1, Manuskript, Salzburg 2007

¹⁶ Helmut Schliesselberger: Schule geht auch ohne Noten, SN, Die Seite Drei, 26.1.2010

¹⁷ Regina Pöll: Badelt für Deal: Uni-Hürden, dafür aber Gesamtschule, Die Presse, 2.2.2010, S. 3

¹⁸ Rupert Vierlinger, a.a.O. (13); Vorwort

Weitere Bilder...

...zu Werdegang und Familie,

*Das Elternhaus:
das Gerstreitgut
in Großarl*



*Im Fürsterz-
bischöflichen
Privatgymna-
sium Borromäum
in Salzburg war
Laireiter von
1922 bis 1930
Internatsschüler.*





*Laireiter mit
Lehrern und
Mitschülern im
Borromäum*



*Eine nächste
Station in
Matthias
Laireiters
Werdegang:
die Alte
Universität.
Hier studierte
Laireiter an der
Theologischen
Fakultät und
unterrichtete er
an der Lehrer-
bildungsanstalt.*



*Am 28. Dezember 1939
heirateten Matthias und
Rudolfine Laireiter
in Großarl.*



*v.l. Rudolfine,
Ruth, Christoph
und Matthias Laireiter
daheim*



*Martha Gerersdorfer
betreute Matthias
Lairer nach dem Tod
seiner Gattin in den
letzten Lebensjahren.*



*Auszeichnung mit
dem Rupert und
Virgil-Orden in Gold
durch Erzbischof
Dr. Karl Berg 1987*

*Das Grab von
Rudolfine und Matthias
Laireiter auf dem
Petersfriedhof
in Salzburg*



...zur Heimat Großarl,

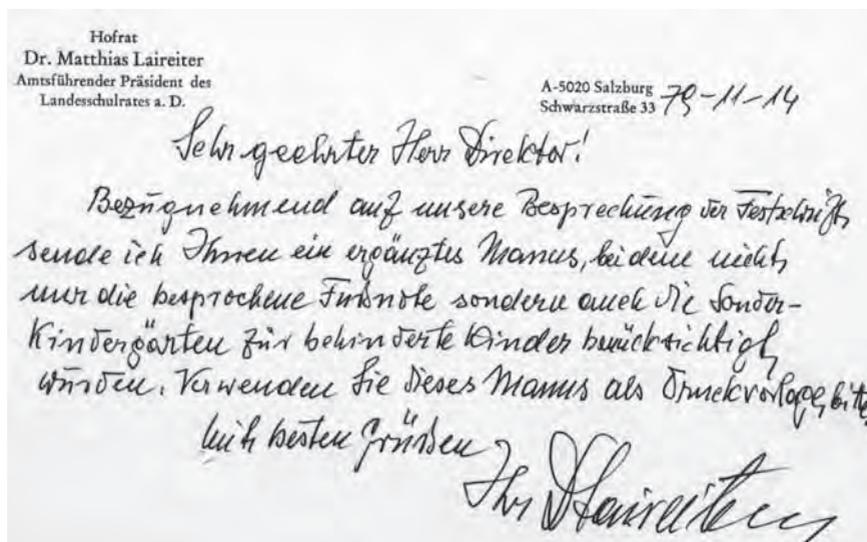


In einer recht großen Schulklasse lernte Laireiter Schreiben, Lesen und Rechnen und erhielt Religionsunterricht.



Matthias Laireiter (ganz links) war das zwölfte von sechzehn Kindern der Gerstreit-Familie in Großarl

Matthias Laireiter,
Landeshauptmann-
stellvertreter Bartholo-
mäus Hasenauer und
Altbürgermeister Johann
Hettegger waren
Ehrenbürger von
Großarl – hier v.l. bei
der Markterhebungs-
feier 1962



Oberschulrat Wolfram Paulus drehte u.a. einen Dokumentarfilm über Matthias Laireiter und veröffentlichte ein Buch über ihn. Hier eine Karte an Paulus in Laireiters markanter Handschrift.

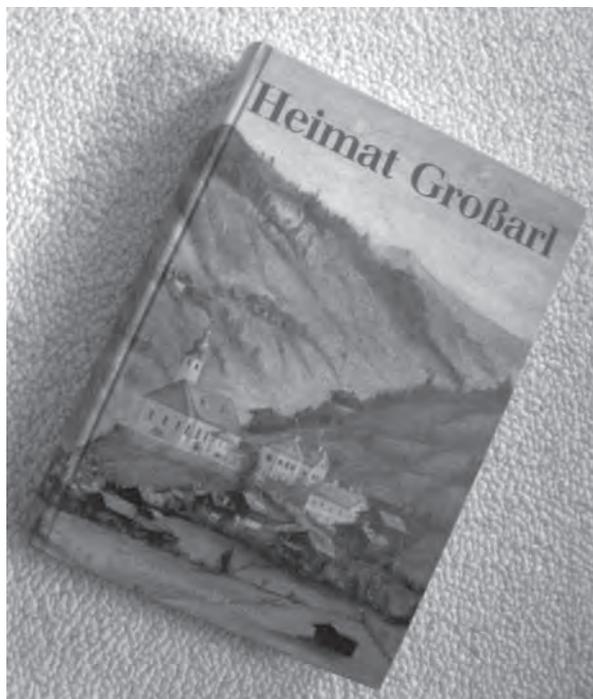


*Laireiter mit
Dir. Hans Gruber
und Bürgermeister
Karl Gollegger*



*Die Hauptschule
Großarl wurde
1979 Laireiter
zu Ehren als
„Dr. Laireiter-
Hauptschule“
benannt.*

*Laireiter arbeitete
auch an der
Chronik „Heimat
Großarl“ mit,
die 1987 von Georg
Stadler heraus-
gegeben wurde.*



...zum LehrerInnen-Bildner ...



*Fortbildungsseminar
im Sinne der Caux-sur-
Montreux-Bewegung
zur „Moralischen
Aufrüstung“ in
Goldegg 1949*



*Laireiter im
Katholischen
Landeslehrer-
verein 1954...,*



*...bei einer
Maturazeugnis-
Verteilung,*

*Laireiter beim
„Salzburger
Europaseminar“
1960 im Johannes-
Schlössl...*



...und in der Erinnerung seines Maturajahrgangs 1947 im Jahr 2006.

...und zum Bildungspolitiker Laireiter



Empfang zum Europaseminar 1960: ganz rechts Prof. Josef Dillersberger, 3.v.r. Landeshauptmann Josef Klaus, ganz links Matthias Laireiter



*Laireiter im Gespräch
mit Sektionschef
Dr. Leitner*

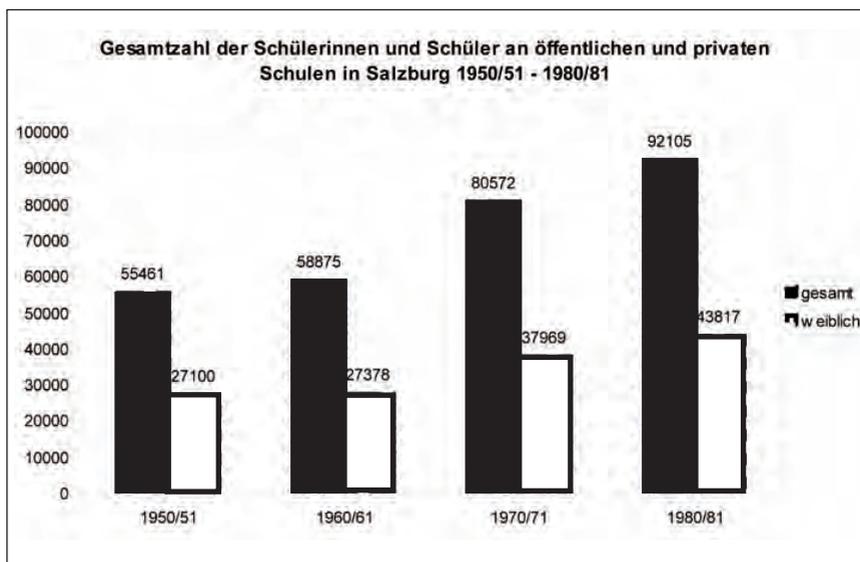


Matthias Laireiter (3.v.l.) mit den Verantwortlichen im Salzburger Pressverein, unter ihnen die Landeshauptleute Hans Lechner (2.v.l.) und Wilfried Haslauer (10.v.l.)

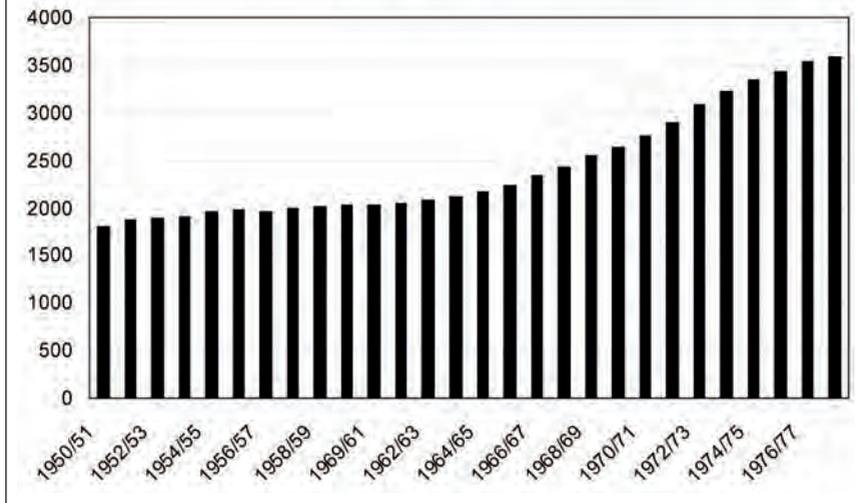


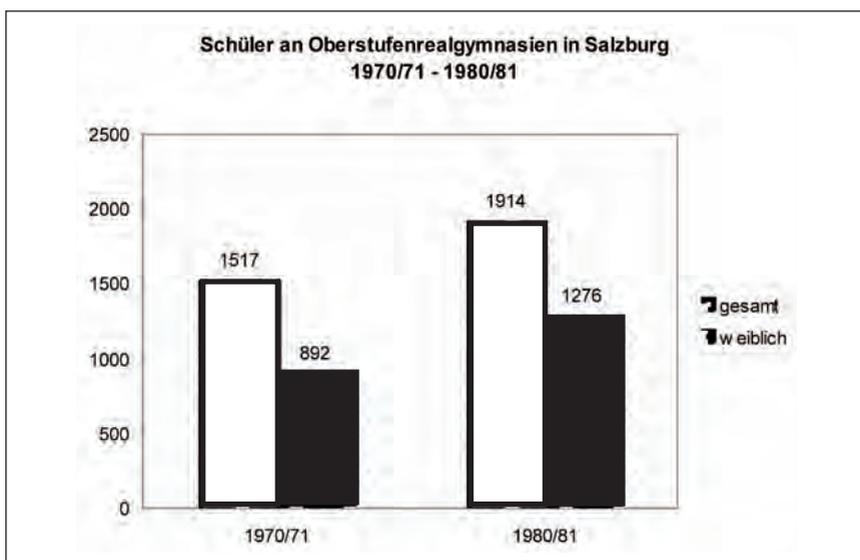
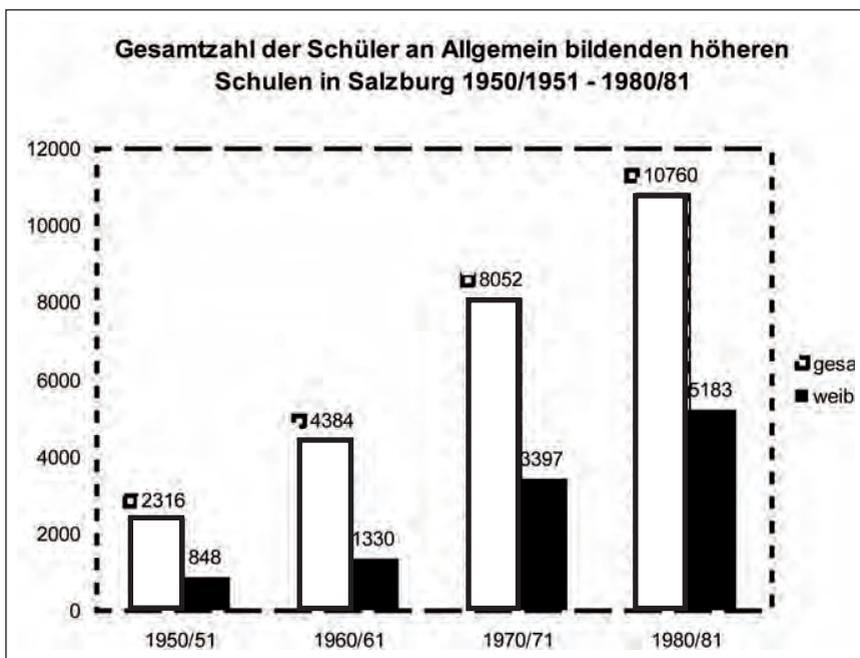
Die Eröffnung der neuen Räume der Katholischen Hochschulgemeinde in der Wiener Philharmoniker-Gasse 1970 durch Erzbischof Dr. Eduard Macheiner, Matthias Laireiter sitzend in der Mitte

Statistisches



**Zahl der Klassen an öffentlichen und privaten Schulen im
Bundesland Salzburg in den Schuljahren 1950/51 bis
1977/78**





Die Autoren

Prof. Franz Paul Enzinger, LehrerInnenbildner a.D.,
Neumarkt am Wallersee

Hofrat Dr. Jelle Kahlhammer, Landesschulinspektor i.R.,
St. Johann im Pongau

Hofrat Mag. Dr. Hans Katschthaler, Landeshauptmann a.D.,
Anif

Hofrat Dr. Josef Steidl, Landesschulinspektor i.R.,
Salzburg

Veröffentlichungen der Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft:

- Nr. 1: Franz Schausberger (Hrsg.), Im Dienste Salzburgs. Zur Geschichte der Salzburger ÖVP.- Salzburg: IT-Verlag 1985. 440 Seiten, viele Fotos.
- Nr. 2: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 1: 1.-6. Landesparteitag. 1945-1951.- Salzburg: IT-Verlag 1986. 180 Seiten.
- Nr. 3: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 2: 7.-12. Landesparteitag. 1952-1957.- Salzburg: IT-Verlag 1988. 179 Seiten.
- Nr. 4: Franz Schausberger, Eine Stadt lernt Demokratie. Bürgermeister Josef Preis und die Salzburger Kommunalpolitik 1919-1927.- Salzburg: IT-Verlag 1988. 226 Seiten, viele Fotos.
- Nr. 5: Franz Schausberger, Josef Hauthaler. Salzburger Bauernführer in schwersten Zeiten. Salzburg: IT-Verlag 1990. 104 Seiten.
- Nr. 6: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 3: 13.-16. Landesparteitag 1958-1961.- Salzburg: IT-Verlag 1990. 177 Seiten.
- Nr. 7: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Politik, wie wir sie brauchen: offen, ehrlich konsequent. 31. a.o. Landesparteitag der Salzburger Volkspartei 19. November 1989.- Salzburg: IT-Verlag 1991. 133 Seiten.
- Nr. 8: Carmen Kiefer, Die Geschichte der Salzburger Volkszeitung von 1945 bis 1990. Ein Beitrag zur Salzburger Zeitungsgeschichte.- Salzburg: IT Verlag 1992. 251 Seiten.
- Nr. 9: Robert Kriechbaumer, Zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz. Schule im autoritären und totalitären Staat, dargestellt am Beispiel der Pongauer Schulchroniken 1934-1945.- Salzburg: IT-Verlag 1993. 158 Seiten.
- Nr. 10: Robert Kriechbaumer, Von der Lagerstraße zum Ballhausplatz. Quellen zur Gründungs- und Frühgeschichte der ÖVP 1938-1949.- Salzburg: IT-Verlag 1995. 440 Seiten.
- Nr. 11: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Entschieden für Salzburg. Protokoll des 32. a.o. Landesparteitages der Salzburger Volkspartei 18. Jänner 1992.- Salzburg: IT-Verlag 1996. 183 Seiten.
- Nr. 12: Hans Katschthaler, Der Föderalismusstreit zwischen Bund und Ländern in Österreich. Portio statt Pars.- Salzburg: IT-Verlag 1998. 129 Seiten.
- Nr. 13: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Miteinander die Nummer 1. 34. o. Landeskongress der Salzburger Volkspartei 18. November 2000.- Salzburg: IT-Verlag 2002. 95 Seiten.
- Nr. 14: Hans Katschthaler, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 4: 17.-20. Landesparteitag 1964-1968.- Salzburg: IT-Verlag 2003. 237 Seiten.
- Nr. 15: Hans Katschthaler, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitager der Salzburger Volkspartei. Bd. 5: 21.-24. Landesparteitag 1969-1975.- Salzburg: Eigenverlag 2009. 280 Seiten.



